

info

01/2015

Orientierungs- suche

Die Gestaltung der digitalen Gesellschaft

Es gibt nur noch wenige Bereiche des gesellschaftlichen und privaten Lebens, in denen die Digitalisierung keine Rolle spielt.

gute gesellschaft – soziale demokratie #2017plus

»Es braucht neue Ideen und Konzepte, um die Gute Gesellschaft nicht zur Utopie werden zu lassen«

Politik für Europa #2017plus

»Wir wollen das kritische Gespräch vertiefen und schwierige Themen ansprechen. Welche Zukunft wünschen sich die Menschen in Deutschland und Europa?«



SCHWERPUNKT ORIENTIERUNGSSUCHE

- 03 Die Gestaltung der Digitalisierung – Für eine freie und solidarische Gesellschaft

Politische Dimension des Digitalen

- 06 Schaden oder Nutzen? – Digitalisierung und Demokratie
07 Digitale Diplomatie – Chance und Herausforderung für die Außenpolitik

Bildung und Kommunikation vor neuen Chancen

- 08 Aufbruch im Medienmarkt
10 Schöne neue Welt? – Eine politische Gestaltungsaufgabe
12 DIE MEINUNG – Eine digitale Mündigkeit

Wirtschaftliche und soziale Konsequenzen der Digitalisierung

- 13 Nicht Big, sondern Smart Data ist entscheidend!
14 Blaupause für die Zukunft der Industrie
14 Schöne neue »share economy«?



Herausforderungen für Arbeitsbereiche in der FES

- 15 Neue Formate, neue Adressaten
16 Das kulturelle Erbe nicht verlieren – Probleme der digitalen Langzeitarchivierung
16 Digitalisierungsprojekt »Vorwärts vor 1933«
17 Digitalisierung 2.0 – Öffentlichkeitsarbeit im Social Web

PROJEKTE

gute gesellschaft – soziale demokratie #2017plus

- 19 Werte ändern sich – Ideen und Konzepte für die Gute Gesellschaft
21 »Wir müssen offen und flexibel bleiben« – Fragen an Kurt Beck
22 Was verbindet und was trennt? – Grundwerteforen der Sozialen Demokratie
22 Sommeruniversität 2015
23 Sozialer Fortschritt durch Industrie 4.0
23 Gesundheitsversorgung und Pflege in der Einwanderungsgesellschaft



Politik für Europa

- 25 Wege aus der Krise – Eine realistische »Politik für Europa«
28 Wirtschaft, Arbeit, Soziales
29 Die verlorene Generation Europas
30 Aus der Traum? – Vier Szenarien für die Zukunft Europas

NOTIZEN

- 32 Notizen
36 FES inside
37 Leseempfehlungen



Menschen in einer ländlichen Region der Türkei auf der Suche nach einem Mobilfunknetz. (Foto: dpa)

IMPRESSUM

Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung
Kommunikation und Grundsatzfragen
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
Tel. 0228 883-0 | presse@fes.de
www.fes.de

Redaktion (Text)

Peter Donaiski, Pressestelle Berlin
Hiroshimastraße 17, D-10785 Berlin
Tel. 030 269 35-7038
Fax 030 269 35-9244
peter.donaiski@fes.de

Redaktion (Bild)

Katja Ulanowski, Kommunikation
und Grundsatzfragen
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
Tel. 0228 883 7036
Fax 0228 883 9207
katja.ulanowski@fes.de

Layout und Satz

NORDSONNE IDENTITY

Druck

Saarländische Druckerei & Verlag GmbH,
Saarwellingen

Bildnachweis

AdsD: Seiten 20–21
dpa: Titelbild, Seiten 2–3, 21–25, 26, 29
FES: Seiten 5 o., 15, 16 u.
laif (Dominik Butzmann): Seiten 4–5
Liebe: Seite 1
Marian Meinhardt-Schönfeld: Seiten 30–31
Thinkstock: Seiten 6–13, 16–19

ISSN 0942-1351

Liebe Leserin, lieber Leser

Es war der Bundespräsident selbst, der das Lob aussprach: »Unverzichtbar« sei die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung; eine Bereicherung für den »politischen Diskurs mit Analysen, Konzepten, Kritik und Ideen«. Joachim Gauck tat dies im Rahmen einer Festveranstaltung, mit der die FES Anfang März auf ihr neunzigjähriges Bestehen zurückblickte. Ein solches Jubiläum ist aber nicht nur ein Anlass, Bilanz zu ziehen. Der Bundespräsident beschrieb die politischen Stiftungen insgesamt als »Grundpfeiler der Demokratie und Gerechtigkeit« und legte damit die Messlatte auch für die Zukunft hoch.

Auf der Grundlage der Erfahrungen und der Summe aller Erkenntnisse und Ideen, die die FES in ihrer weltweiten, jahrzehntelangen Arbeit gewinnen konnte, blickt sie nach vorn und stellt sich den Fragen, die durch die zunehmenden Verschiebungen, Brüche und Verunsicherungen sowohl in der deutschen Gesellschaft als auch im internationalen Gefüge immer drängender werden.

Die alles überdeckende Entwicklung der Gegenwart, die sämtliche Lebensbereiche durchdringt und unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen fundamental verändert, ist die digitale Revolution. Es gibt nur noch wenige Bereiche des gesellschaftlichen und privaten Lebens, in denen die Digitalisierung keine Rolle spielt.

Deshalb beschäftigt sich diese erste Ausgabe des neugestalteten »info« schwerpunktmäßig mit den Folgen und Schlussfolgerungen, die in einer durchdigitalisierten Welt für die Gestaltung von Produktionsprozessen, des Handels, sozialer Beziehungen und der Politik von Bedeutung sind.

Geleitet werden die Arbeitsansätze der Friedrich-Ebert-Stiftung von der Fragestellung, wie sich die Digitalisierung zur Verwirklichung von mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität produktiv nutzen lässt. Es gilt, die Risiken für die Verwirklichung einer Guten Gesellschaft zu beherrschen und zu reduzieren.

Was macht eine Gute Gesellschaft aus? Ein neues, übergreifendes Projekt basiert auf der Überzeugung, dass eine Gute Gesellschaft von den Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität getragen sein muss. Sie baut auf sozialen Ausgleich und eine solidarische Arbeitswelt.

Vor diesem Hintergrund wird die FES nach neuen Ideen und Konzepten suchen und daraus konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik der kommenden Jahre entwickeln.

Progressive Politikvorschläge stehen auch im Mittelpunkt eines weiteren Projektes, das zu einer realistischen Politik für Europa beitragen und damit Wege aus der Krise aufzeigen soll. Es gilt, den populistischen und undemokratischen Bewegungen, die eine zunehmende Europaskepsis begierig aufgreifen, etwas entgegenzusetzen.

Um »mehr Europa« wieder zu einer lohnenswerten politischen Vision zu machen, wollen wir in Bürgerdialogen das kritische Gespräch zu Europa vertiefen und so die Sorgen und Befürchtungen der Bürger zur europäischen Integration aufnehmen und schließlich Anhaltspunkte für eine Europapolitik geben, die näher bei den Menschen ist.

Beiträge zu all diesen Themen finden Sie hier im Heft.

**Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.
Die Redaktion des info-Magazins**



Festveranstaltung anlässlich des neunzigsten Jahrestages der Gründung der Friedrich-Ebert-Stiftung: Bundespräsident Joachim Gauck hob den Einsatz der Friedrich-Ebert-Stiftung für Menschen-, Bürger- und Freiheitsrechte hervor.

**gute gesellschaft –
soziale demokratie
#2017 plus**

**politik für europa
#2017 plus**

Orientierungs- suche



Überall, jederzeit: Soziale Netzwerke eröffnen neue Räume der Kommunikation. Wissen und Ideen werden grenzenlos.

Die Gestaltung der Digitalisierung Für eine freie und solidarische Gesellschaft

von Christian Krell

»**T**echnik entwickelt Gegenstände und Systeme – Wertmaßstäbe entwickelt sie nicht.« Willi Eichler (1896–1971), einer der wichtigsten Vordenker des Godesberger Programms und langjähriges hauptamtliches Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung, hat es auf den Punkt gebracht. Technische Entwicklungen sind weder gut noch böse. Aber sie sind von Menschen gemacht. Und sie können von Menschen entsprechend ihrer Wertvorstellungen gestaltet werden.

Als Willi Eichler diese Sätze Ende der 1960er Jahre formulierte, begann gerade die digitale Vernetzung von einzelnen Computern in den USA. Erst sehr viel später, ab Anfang der 1990er Jahre, wurde das Internet kommerziell genutzt. Im Juli 1995 versandte Amazon sein erstes Buch und leitete einen Kulturbruch im Buch- und Verlagswesen ein. 1998 wurde Google gegründet. 2001 ging die Wikipedia online, und spätestens mit Facebook (2004) gewann der Begriff des Web 2.0 an Bedeutung und wurde zur Chiffre für den Wandel des Internets. Nutzer konnten mehr und mehr Inhalte selbst generieren und waren so nicht nur Empfänger, sondern auch Sender von Informationen. 2007 wurde das erste iPhone verkauft, und mit der Verbreitung von Smartphones wurde die mobile Nutzung des Internets Alltag. Mit den Snowden-Enthüllungen wurde bekannt, welche kaum vorstellbare Menge an Daten über den Einzelnen vorliegt und wie diese genutzt werden können. Und heute – im Jahr 2015 – ringen die politischen Parteien darum, ein politisches Programm zur Gestaltung der Digitalisierung zu entwerfen.

Diese Reihung zeigt, dass es nur noch wenige Bereiche des gesellschaftlichen und privaten Lebens gibt, in denen die Digitalisierung keine Rolle spielt. Politik, Wertschöpfung, Öffentlichkeit, Transaktionen vielfältigster Art, soziale Beziehungen – all das und vieles mehr ist von der Digitalisierung betroffen.

Was aber bedeutet die Digitalisierung für eine offene und solidarische Gesellschaft, die auf die freie Entfaltung des Einzelnen abzielt?

»Die Sozialdemokratie als Bewegung der Aufklärung ist gefordert, die Chancen der Digitalisierung für eine freie Gesellschaft zu nutzen.«

Zunächst sind die Chancen der Digitalisierung für einen Zuwachs an individueller Freiheit hoch. So eröffnen zum Beispiel soziale Netzwerke neue Räume, in denen sich Interessen artikulieren und formieren können und damit mehr Freiheitsspielräume jenseits klassischer Macht- und Rollenmuster entstehen. Neue Technologien des Teilens von Daten und Ressourcen können ebenfalls zu einer freieren und solidarischeren Gesellschaft beitragen.

Zugleich zeigen sich erhebliche Gefährdungen für eine freie Gesellschaft, die vor allem mit den in der Digitalisierung exponentiell wachsenden Datenmassen einhergehen. Diese Daten werden von professionellen Anbietern zusammengeführt und mit immer raffinierteren Algorithmen ausgewertet.

Interesse daran besteht vor allem aus zwei Richtungen: Von Seiten privater Unternehmen im Sinne ihrer Profitmaximierung und von staatlicher Seite im Sinne heimdienstlicher Überwachung. So unterschiedlich die beiden Konstellationen sind, so ähnlich sind ihre Interessen: Sie wollen nach Möglichkeit vollständige Transparenz über das menschliche Handeln, um es vorherzusagen zu können.

Eine offene Gesellschaft aber braucht geschützte Räume, Vertrauen und Vertraulichkeit und die Gewissheit, dass das Individuum selbst darüber entscheidet, was es anderen zugänglich machen will und was nicht.



Mehr Sicherheit oder mehr
Kontrolle? Bleibt bald kein
Schritt mehr ohne Datenspuren?



Wie kann das Internet als demokratiekonformes Werkzeug genutzt werden? Welche potentiellen Gefahren bergen die ständig wachsenden Datensammlungen von Amazon, Facebook und Google? Fragen wie diese wurden beim ersten »Politischen Club Mittelhessen« der FES am 10. Februar in Lich diskutiert. Nils Minkmar, Europa-Kulturkorrespondent der F.A.Z., beleuchtete anhand zahlreicher Beispiele die Probleme, welche sich aufgrund einer immer rasanteren Entwicklung der digitalen Welt ergeben. Die Moderation übernahm der Landes- und Fraktionsvorsitzende der hessischen SPD, Thorsten Schäfer-Gümbel.

Staatlichen Akteuren kommt eine Janusköpfigkeit bei Fragen einer freien Gesellschaft zu. Einerseits sind sie es, die die Überwachung in einem Maß forciert haben, welches sich selbst Orwell kaum hätte ausdenken können. Andererseits sind es natürlich auch demokratische staatliche Strukturen, die Rahmenbedingungen für die digitalisierte Gesellschaft aushandeln und durchsetzen können, wenn ihre Bürger es wollen. In Bezug auf privatwirtschaftliche Konzerne ist die technische Infrastruktur selbst in den Blick zu nehmen. Wichtige Datenleitungen sind im Besitz britischer und US-amerikanischer Unternehmen, auf die wiederum von den Geheimdiensten der jeweiligen Länder zugegriffen wird. Wer nicht will, dass, wie Peter Glotz schon 2000 weitsichtig formuliert hat, »die wichtigste Branche des 21. Jahrhunderts einer Handvoll internationaler Großkonzerne« ausgeliefert wird, der muss über öffentliche Infrastruktur und öffentliche Güter reden.

Die entscheidende Frage allerdings wird der Umgang mit den »Rohstoffen des 21. Jahrhunderts«, den Daten sein. Auch hier zeigt sich eine problematische Tendenz zu Datenmonopolen bei einigen wenigen Konzernen. Es ist das natürliche Interesse dieser Konzerne, ihren Profit zu steigern und dafür immer mehr Daten zu nutzen, zu kombinieren und zu vermarkten.

Es muss deshalb darum gehen, mit einem zeitgemäßen Datenschutz die Datensouveränität des Einzelnen zu stärken. Denn die Daten mögen zwar von Konzernen gesammelt und in der Interaktion mit Dritten angefallen sein, entstanden sind sie aber bei einem Individuum, dessen Recht es sein muss, darüber zu verfügen. Zugleich muss das Verhältnis von öffentlichen und privaten Gütern neu ausgehandelt werden. Wenn einige wenige digitale Super-

autoritäten wie Google und Facebook, die weder sozial, noch demokratisch reguliert sind, den Rahmen dafür setzen, wie wir kommunizieren, Probleme verhandeln und Politik gestalten, dann ist klar, dass mehr öffentliche Räume entstehen müssen.

Die Sozialdemokratie als Bewegung der Aufklärung ist gefordert, die Chancen der Digitalisierung für eine freie Gesellschaft zu nutzen und zugleich die Beeinträchtigungen der Digitalisierung für unsere individuelle Freiheit immer wieder bewusst zu machen – um sie produktiv umzukehren.

Die Sozialdemokratie hat die Industrialisierung mitgestaltet und die von ihr entfesselten Kräfte in gesamtgesellschaftlichen Wohlstand und individuelle Freiheit überführt und damit die europäische Moderne geprägt. Es ist ihre Aufgabe, auch die Digitalisierung in mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu übersetzen – ganz im Sinne Willi Eichlers.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung will diese Herausforderung annehmen und mit einem großen Kongress am 24./25. November 2015 die Gestaltung der Digitalisierung in den Blick nehmen. ●

➔ Mehr dazu in Kürze unter www.fes.de/digikon2015



Christian Krell ist Leiter der Akademie für Soziale Demokratie der FES

Schaden oder Nutzen? Digitalisierung und Demokratie

von Robert Misi, Prof. Dr. Thorsten Faas
und Valentina Kerst

Schadet oder nützt die Digitalisierung der Demokratie? Im Spannungsfeld von »Arabischem Frühling«, »Shitstorms« und »Open Data« könnten die Meinungen zu dieser Frage kaum unterschiedlicher ausfallen. Robert Misik, Valentina Kerst und Prof. Dr. Thorsten Faas diskutierten am 8. Dezember in Bonn, moderiert von Dr. Christian Krell. Das Forum Soziale Demokratie fand in Kooperation mit der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik statt. Die Diskussion wurde in der Publikationsreihe POLICY der Politischen Akademie dokumentiert.

Fünf wesentliche Ergebnisse

- 1) In Autokratien kann das Internet ein Motor der Demokratisierung sein. Es erleichtert und fördert eine Kultur der Gegenrede.
- 2) In etablierten Demokratien wurden viele Erwartungen enttäuscht. Öffentliche Diskurse zersplittern stärker, die neuen Möglichkeiten werden ungleich genutzt. Eine Bereicherung sind Transparenzformate, etwa die visuelle Aufbereitung von Ratsbeschlüssen. Dies wird weniger euphorisch diskutiert, stärkt aber die Möglichkeiten der demokratischen Kontrolle von Macht.
- 3) Neue Spielregeln, die politische Diskurse im Internet ermöglichen, sind notwendig, aber noch nicht gefunden. Es bedarf weiterer Diskussion und Aushandlung. Transparenz etwa ist einerseits wichtig, andererseits braucht die Demokratie Räume für geschützte Debatten.
- 4) Nicht alles ist im Zeitalter der Digitalisierung neu und anders. Genaue Begrifflichkeiten helfen, das vorhandene Wissen weiter zu nutzen.
- 5) Das Netz ist von Monopolen geprägt. Zeitungen brechen durch die Konkurrenz im Netz Einnahmen weg. Die Frage der demokratischen Qualität der Digitalisierung ist auch eine Frage ihrer wirtschaftlichen Gestaltung.

In seiner Einführung der Publikation zieht Prof. Dr. Frank Decker, Politikwissenschaftler an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, ein Zwischenfazit zu den Hoffnungen, die sich mit der Digitalisierung verbinden.



Aus seiner Sicht waren die Erwartungen von mehr Partizipation und Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess zu groß. Tatsächlich scheint es so, dass das Netz zu deutlich mehr Ungleichheit in der Partizipation führt. Die sozialen Medien bewirken sowohl eine Entgrenzung als auch eine Segmentierung des öffentlichen Raumes, in dem die politische Willensbildung stattfindet. Ein unbestreitbarer demokratischer Nutzen des Internets liege aber im Bereich der Kontrolle. Die Bedeutung dieses Aspekts werde in der Öffentlichkeit eher unterschätzt. In der Demokratie kommt den Medien klassisch die Funktion des Beobachtens zu. Sie erhielten nun einerseits Konkurrenz, andererseits helfe das Netz, ihre Kontrollaufgabe besser und effektiver wahrzunehmen. Ausgehandelt werden muss nun, welche Bereiche des Herrschaftswissens von einem Transparenzgebot ausgenommen werden.

Demokratie braucht geschützte Räume. Grundsätzlich anders sei das Transparenzziel mit Blick auf den politischen Entscheidungsbildungsprozess zu bewerten. Im Konzept der Liquid Democracy sollen Transparenz und Partizipation nach den Vorstellungen der Piratenpartei zusammenfließen und in eine vollkommene Identität der Gesellschaft mit den machtausübenden Institutionen münden.

Prof. Decker betont, dass darin nicht nur eine ideengeschichtlich überwunden geglaubte Herrschaftsauffassung wieder auflebt; sondern es auch den Funktionsbedingungen der heutigen Konsensdemokratien widerspricht, die für die Kompromissfindung auf geschützte Räume zwingend angewiesen sind. Sein Fazit: Das Internet wird über- und unterschätzt! ●

Robert Misik ist freier Autor, Publizist und Blogger aus Wien

Prof. Dr. Thorsten Faas ist Politikwissenschaftler an der Universität Mainz

Valentina Kerst ist Beraterin zum Einsatz digitaler Medien



Digitalisierung und Demokratie – Chance oder Risiko?
Veranstaltung in Kooperation mit der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (Reihe Policy – Politische Akademie; Nr. 45)

↓ <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/11250.pdf>



GASTBEITRAG

Digitale Diplomatie Chance und Herausforderung für die Außenpolitik

von Vito Cecere

Die Kräfte der Globalisierung setzen Nationalstaaten unter Druck. Machtverhältnisse innerhalb und zwischen politischen Systemen verändern sich, globale Unternehmen und transnationale nichtstaatliche Akteure nutzen neue Einflussmöglichkeiten. Internationale Politik ist komplexer geworden. Das hat Konsequenzen für Außenpolitik und Diplomatie. In der multipolaren Weltordnung muss das traditionelle außenpolitische Instrumentarium erweitert werden.

Diplomatie zeichnet sich heute zunehmend durch Kommunikations- und Netzwerkkompetenz auch jenseits von Gipfeln und Gremien aus. Sie befindet sich im zielgerichteten, aber offenen Dialog mit vielfältigen gesellschaftlichen Gruppen und Teilöffentlichkeiten im Ausland, aber auch im eigenen Inland. Staaten stehen in einem globalen Wettbewerb um Aufmerksamkeit und Deutungshoheit. Damit gewinnt Public Diplomacy an Bedeutung: als Summe von Kommunikationsaktivitäten, die für die eigenen (außen)politischen Ziele werben (soft power) und das Image eines Landes (nation branding) verbessern sollen.

Beschleunigt wird der Wandel der Diplomatie durch die Digitalisierung in der globalen Informationsgesellschaft. Weltweit treten Menschen immer schneller und intensiver miteinander in Verbindung, die Grenzen zwischen Innen- und Außenkommunikation schwinden. Kommunikations-

fähigkeit auch mit nichtstaatlichen Akteuren wird zu einer wichtigen Ressource netzwerkorientierter Außenpolitik. Das ist zugleich Chance und Herausforderung. Eine hierarchiefreie und permanente Kommunikation ermöglicht es, fragmentierte Zielgruppen zu erreichen. Social Media führen zu fluideren Formen in der Kommunikation von Außenpolitik.

Sie erfordern jedoch geradezu eine digitale Diplomatie. In einer vernetzten Welt bemessen sich Macht und Einfluss auch nach dem Grad der Verbundenheit. Um gestaltenden Einfluss auszuüben, gewinnen Kategorien wie Vertrauen, Vermittlung, Verständnis und Überzeugung an Bedeutung. Digitale Diplomatie muss dies berücksichtigen: Die strategische Kommunikationsaufgabe für eine netzwerkorientierte Außenpolitik besteht darin, Dialog und Austausch zwischen Akteuren und Zielgruppen zu befördern und nicht in außenpolitische Propaganda zu verfallen.

Deutschland profitiert von der Globalisierung und hat deshalb ein besonderes Interesse an Vernetzung, Einbindung und eine regelbasierte internationale Ordnung. Das sind die besten Voraussetzungen, um Neugier, Interesse und Verständnis für Deutschland zu wecken. In der Welt des 21. Jahrhunderts leistet digitale Diplomatie dazu einen wichtigen Beitrag. ●



Vito Cecere ist Beauftragter für Informationstechnik (CIO) im Auswärtigen Amt. Er war im Planungs- und Leitungsstab des Bundesarbeitsministeriums tätig, leitete die Planungsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion und arbeitete im Planungsstab des SPD-Parteivorstandes. Der Politikwissenschaftler und Historiker war von 1991 bis 1995 Stipendiat der FES. Die Arbeit der Stiftung bereichert Vito Cecere auch als Ehemaliger, u.a. als Mentor für Stipendiat_innen.

GASTBEITRAG

Aufbruch im Medienmarkt

von Christian Humborg

Deutschland ist der größte Zeitungsmarkt Europas und der fünftgrößte der Welt. Die Auflagen gehen allerdings zurück. Forscher gehen davon aus, dass die letzte verkaufte Zeitung 2034 über den Tisch geht. Gleichzeitig haben die 50 größten globalen Medienkonzerne ihren Umsatz in den vergangenen zwanzig Jahren von 155 auf 473 Milliarden Euro verdreifacht. In Deutschland zeigen sich grundlegende Veränderungen in der Marktpositionierung der führenden Medienhäuser mit journalistischem Schwerpunkt, die unter den Stichworten »Zentralisierung« und »digitale Neuausrichtung« zusammengefasst werden können. (...)

Dem multimedialen Zugang zu Informationen sind kaum mehr technische Grenzen gesetzt. Eine Studie der Newspaper Association of America legt den Wandel des Medienkonsums amerikanischer Rezipienten offen: Mehr als 137 Millionen Erwachsene lesen wöchentlich ein Printprodukt. Im Gegensatz dazu haben Online-Inhalte allein im Januar 2014 mehr als 145 Millionen Bürger_innen erreicht. Die Einnahmen aus Online-Angeboten sind in 2012 um 275 Prozent gestiegen; 43 Millionen erwachsene Amerikaner_innen haben sich 2013 im Schnitt mindestens einmal im Monat über Smartphones und Tablets informiert. Die Forschung zum Journalismus in der digitalen Moderne konstatiert der Branche einen zunehmenden Anpassungsdruck. (...) Die Medien richteten sich dialogorientiert aus und suchten die Interaktion mit den »Prosumenten« – den Konsumenten, die selbst

Dem Zugang zu Informationen sind keine räumlichen, zeitlichen und technischen Grenzen gesetzt.



Inhalte produzieren. Durch die Explosion von User generated Content wurde Journalismus vom Gatekeeper zum Gatewatcher – der Ein- und Ausgang von Informationen wird immer weniger gesteuert, sondern mehr beobachtet und moderiert.

Die etablierten Medienhäuser reagierten mit unterschiedlicher Intensität und Geschwindigkeit: Die »New York Times« legte im Frühjahr 2014 einen Innovation Report vor, dessen Task Force grundlegende digitale Transformationen für das wirtschaftlich strauchelnde US-Leitmedium ausgearbeitet hat: »digital-first« lautet die Devise – alle Inhalte sollen zuerst digital ablaufen, außerdem steht Interaktion mit dem Leser in sozialen Medien ganz oben auf der Agenda. Die »Huffington Post« ist ein bekanntes Beispiel, jüngere Gründungen sind Portale wie Vox oder Quartz. Die Grenzen zwischen einer professionellen vierten Gewalt und dem sich informierenden Bürger sind verschwommen. Das schafft Platz für Neues: Das Gebot der digitalen Moderne ist der onlinebasierte, interaktiv produzierte, journalistische Inhalt auf transparenter Basis – ein demokratischer Zugewinn. Das multimediale Storytelling gilt als Zukunftstrend. Crowdsourcing und Crowdfunding gewinnen an Bedeutung.

Doch wie können im beschleunigten Zeitalter bei medialer Konzentration tiefgründige Recherchen, die objektive und umfassende Hintergrundinformationen liefern, durchgeführt und aufwendige Geschichten von großer Bedeutung erzählt werden? (...)

In Deutschland gibt es seit Juli 2014 CORRECT!V, das erste gemeinnützige Recherchebüro im deutschsprachigen Raum. CORRECT!V setzt auf datengetriebenen Investigativjournalismus. Aussagekräftige und sensible Daten- und Dokumentensätze werden beschafft, aufbereitet und die Geschichte dahinter erzählt. CORRECT!V hat einen Bildungsauftrag: Bürger_innen werden mit journalistischen Werkzeugen ausgestattet, die sie unterstützen, selbstunabhängigen und transparenten Journalismus zu betreiben. Investigativer Journalismus als demokratisches Schwert ist in Zeiten von Lobbyismus und Machtmissbrauch in Wirtschaft, Politik und Medien immer wichtiger. Und CORRECT!V ist gemeinnützig: Alle Ergebnisse werden digital veröffentlicht und sind über »steal-our-story« für jeden frei verfügbar – denn sie sind Allgemeingut. (...)



Dr. Christian Humborg war Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung. Von 2007 bis 2014 war er Geschäftsführer der Antikorruptionsorganisation Transparency International Deutschland. Seit November 2014 ist er Geschäftsführer und kaufmännischer Leiter von CORRECT!V.

Schon mehrfach war er Gast auf Podiumsdiskussionen in der Friedrich-Ebert-Stiftung und hat auf Seminaren vor Stipendiatinnen und Stipendiaten referiert. In 2011 veröffentlichte die Friedrich-Ebert-Stiftung seinen Vortrag »Reflektion zu Transparenz und Politik«.

Schöne neue Welt?

Eine politische Gestaltungsaufgabe

von Marei John-Ohnesorg und Johanna Niesyto



Sie wollen wissen, was Open Educational Resources (OER) sind? Öffnen Sie Ihren Internetbrowser und geben Sie den Begriff in Ihre Suchmaschine ein. Als einen der ersten Treffer werden Sie den Wikipedia-Artikel zu Open Educational Resources finden. Und nachdem Sie die Definition gelesen haben, wissen Sie nicht nur, was OER sind – Sie haben auch eine OER, freies digitales Bildungsmaterial, genutzt.

Was macht Wikipedia zu einer OER? Die dort gesammelten Informationen sind jedem frei zugänglich – jeder kann ohne Einschränkung über das Internet auf Wikipedia zugreifen. Jeder kann sich an der Erstellung und Bearbeitung der Artikel beteiligen, sie können also durch die Nutzer_innen verändert werden. Und die Artikelinhalte dürfen weiterverbreitet werden, ohne Urheberrechte zu verletzen. Sie stehen unter einer sogenannten Creative-Commons-Lizenz. Einer freien Lizenz, die es ermöglicht, die Verwendung eines Werks – zum Beispiel eines Textes oder eines Bildes – möglichst weitgehend zu erlauben, ohne dass Lizenzgebühren bezahlt oder eine Freigabe zur Nutzung gegeben werden muss.

OER sind aber nicht nur Wissenssammlungen, sondern auch Arbeitsblätter für den Unterricht, Lehrbücher, Lehrinhalte, auch mit Bild-, Audio- oder Videomaterial kombiniert,

und Ähnliches mehr. Die Bandbreite reicht, so Jan Neumann vom Hochschulbibliothekszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen, »von sehr kleinen Einheiten (...) bis hin zu ganzen Kursen«.

Hinter OER steckt die Idee, dass möglichst viele Menschen möglichst einfach Werke frei nutzen, teilen und weiterverbreiten können.

OER werden bereits im Schulalltag eingesetzt. Aber wie lässt sich deren Qualität beurteilen? Dr. Till Kreutzer, iRights Law, erläutert, dass bei OER grundsätzlich alle Modelle der Qualitätskontrolle denkbar sind, die auch allgemein bei Bildungsmaterialien angewendet werden: von redaktionellen



ELIXIER, die Suchmaschine, die von den Bildungsservern der Länder und dem Deutschen Bildungsserver betrieben wird, oder die europäische Plattform Open Discovery Space bieten Zugang zu Bildungsmedien. Nach eigener Aussage: »effektiv, qualitätsgesichert, kostenlos«.



Prozessen bis zu Peer-Review-Verfahren. Gleichzeitig sind auch dezentrale Wege möglich: »Sofern solche Projekte gut organisiert sind, zeigt sich wiederum vor allem an der Wikipedia, dass auch Communitys sehr effizient Qualitätssicherung betreiben können.«

Die Möglichkeit, Lehr- und Lernmaterialien individuell anpassen zu können, ist im Rahmen der Diskussion um Inklusion und individuelle Förderung so zeitgemäß wie nie. Der Umgang mit einer divers zusammengesetzten Schulklasse wird einfacher, wenn das Material individuell angepasste Aufgabenstellungen erlaubt. »Das wahre Potenzial von OER«, so Saskia Esken, MdB, »liegt im selbstständigen, kollaborativen und kreativen Lernen.« Durch die Möglichkeit, Wissen gemeinsam zu entdecken, wird es auch leichter, an die Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler anzuschließen.

Wie immer im Bildungsbereich gibt es keine einfachen Lösungen. OER ersetzen keine »analogen« Lernmaterialien und bewirken keine Wunder. Ohne mediendidaktische Konzepte, ohne Fortbildungen für Lehrer_innen revolutionieren auch OER den Unterricht nicht. Es liegt an Lehrer_innen und Schulleiter_innen, die praktische Einführung vor Ort zu begleiten. Und es liegt an der Politik, OER als Gestaltungsaufgabe ernst zu nehmen und anzugehen. Jan Neumann fordert

etwa ein mehrjähriges, solide finanziertes und intelligent gestaltetes OER-Programm: »Im Zentrum dürfte dabei ein Dreiklang aus Kompetenzaufbau, Herstellung von Inhalten und Infrastrukturentwicklung stehen.« ●

Marei John-Ohnesorg ist Referentin für Hochschul- und Bildungspolitik.

Johanna Niesyto ist Referentin für Neue Medien in der Abteilung Studienförderung.

Dieser Text ist lizenziert unter CC BY-NC-ND 4.0.



Schöne neue Welt? –

Open Educational Resources an Schulen

Publikation des »Netzwerk Bildung« der Friedrich-Ebert-Stiftung mit zahlreiche Beispielen und Auseinandersetzungen aus verschiedenen Perspektiven zu diesem Thema.

»Netzwerk Bildung« der Friedrich-Ebert-Stiftung

↓ <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/11147.pdf>

Eine digitale Mündigkeit

von Sebastian Serafin

Schneller noch, als unser Alltag durchdigitalisiert wird, wächst die Zahl derer, die an unseren Daten interessiert sind. Dennoch gibt es keinen Grund zur Resignation, denn Datenschutz ist möglich. Auch in Zeiten von NSA, Big Data, fehlenden weltweiten Datenschutzregelungen und der scheinbaren Allgegenwärtigkeit von Facebook gibt es immer eine Schutzmöglichkeit, die wir selbst wahrnehmen und ausgestalten müssen: unsere eigene digitale Mündigkeit.

Paradoxerweise scheint es vielen Menschen nicht allzu viel auszumachen, wenn sich Unternehmen und Staat ihre persönlichen Daten einverleiben. Noch 1987 hat eine einfache Volkszählung enorme Proteste ausgelöst. Kaum drei Jahrzehnte später speisen wir bereitwillig hochpersönliche E-Mails, Standorte und Kaufvorlieben in eine riesige Maschinerie ein – mehr Daten als eine Volkszählung je erheben könnte. Wohlgemerkt: Niemand ist gezwungen, Daten permanent und unverschlüsselt durch die Weltgeschichte zu blasen.

Das beliebte Argument, bergen, ist gefährlich und Geheimnisse, von denen lik werden – in welchem fach wird immer noch unsich einmal eingegebene im Netz halten.

Selbst wenn ein Becherheiten vorhanden ist, als der Wille, die eigene Bequemlichkeit zu überwinden. Die Verschlüsselung von E-Mails, SMS und Gesprächen ist eben immer noch relativ aufwendig. Bewusst mit neuer Technik umzugehen ist aber das Kernstück der digitalen Mündigkeit.

»Technik ist keine Naturkatastrophe, die über uns hereinbricht, sondern wir sind aufgerufen, sie zu gestalten und zu entscheiden«, sagte der Berliner Datenschutzbeauftragte Alexander Dix im Rahmen einer Livedebatte zum Thema Datenschutz auf dem Debattenportal sagwas.net.

Jonas Westphal, Sprecher des Forum Netzpolitik der Berliner SPD, sagte im Rahmen der sagwas-Debatte: »Man braucht einen sehr bewussten Umgang, muss sehr gut überlegen, welche Informationen man hochlädt, einstellt, twittert, facebookt oder whatsappt.«

Wenn wir verstehen, dass Facebook kein privater Raum ist, ist schon viel getan. Die Verwendung von datenschutzfreundlichen E-Mail-Anbietern und Anonymisierungssoftware ist erst der zweite Schritt. Auch die Politik muss einen Beitrag zur Aufklärung im digitalen Zeitalter leisten. Zu einem effektiven Datenschutz ist es jedoch letztendlich vor allem nötig, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen, um sein Verhalten im Netz unter Kontrolle zu behalten. ●



man habe nichts zu ver-dumm. Jeder Mensch hat er nicht will, dass sie pub-Kontext auch immer. Vielterschätzt, wie dauerhaft Informationen tatsächlich

wusstsein über die Unsi-ist es meistens schwächer

Sebastian Serafin ist Projektmitarbeiter beim Online-Diskussionsportal der FES, sagwas.net

➔ www.sagwas.net/datenschutz

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE KONSEQUENZEN DER DIGITALISIERUNG

ANALYSE DES MANAGERKREISES

Nicht Big, sondern Smart Data ist entscheidend!

von Yannick Haan und Patrick Rütter

Seit immer mehr Menschen in Deutschland bewusst wird, dass Daten der Rohstoff des 21. Jahrhunderts sind, ist auch hierzulande eine gesellschaftliche Debatte über Big Data ausgebrochen. In einer Analyse des Mangerkreises beschäftigen sich die Autoren Yannick Haan und Patrick Rütter mit den Konsequenzen der rapide gewachsenen Möglichkeiten der Datensammlung und deren Verwertung.

»Die Mobilmachung des Internets durch das Smartphone, das Nutzen sozialer Netzwerke und des Online-Handels haben maßgeblich zur umfassenden Datenverfügbarkeit beigetragen.«

Die Wirtschaft verbindet mit Big Data vor allem Effizienzsteigerung und die Möglichkeit, Kundenverhalten besser in Produktion und Vertrieb zu integrieren. Gleichzeitig werden mit der data driven economy auch völlig neue Geschäftsmodelle möglich, wie nicht zuletzt der Hype um die Industrie 4.0 und das Internet der Dinge zeigen. Für viele Bürger_innen und Datenschützer_innen hingegen ist Big Data wiederum nur ein letzter Schritt in eine vollüberwachte Gesellschaft, in der uns zunehmend der eigene Wille entzogen und durch Algorithmen ersetzt wird. Wie bei vielen Kontroversen muss man auch hier die Sache differenziert betrachten – Risiken und Chancen liegen nah beieinander.

Der große Unterschied, der sich von Small Data zu Big Data vollzogen hat, liegt zunächst in der Datenmenge und der Fähigkeit, diese in Echtzeit auswerten zu können. Die Mobil-

machung des Internets durch das Smartphone, das Nutzen sozialer Netzwerke und des Online-Handels haben maßgeblich zur umfassenden Datenverfügbarkeit beigetragen. Der Preisverfall der Speichermedien hat diesen Prozess noch beschleunigt. Auch wenn die technische Entwicklung bereits weiter ist, fangen wir als Gesellschaften erst langsam an zu verstehen, wie wir mit großen Datenmengen umgehen können.

Die Autoren konstatieren die Notwendigkeit einer Rückbesinnung auf Grundrechte und Grundwerte, die mit der Digitalisierung nur das Medium gewechselt haben. Das Ernten und Nutzen von Daten kann genauso reguliert werden wie andere Rohstoffe auch.

Wenngleich Big Data die Position der Oligopole gestärkt hat, es wären nicht die ersten Fälle, in denen ein kluges Kartellrecht nicht auch angewandt werden könnte. Rechtsstaatlichkeit und Ordnungspolitik sind auch und vor allem in der Wirtschaft hohe Güter. Das Problem von Big Data ist folglich nicht Big Data oder die daraus resultierenden Prognosen, sondern deren ökonomische und gesellschaftliche Anwendungen. ●

Yannick Haan ist Online-Berater, Netzaktivist und Co-Autor des Buchs »Gesellschaft im digitalen Wandel«, erschienen bei der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Patrick Rütter ist Referent für den Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung und dort unter anderem für den Bereich Digitale Wirtschaft und Gesellschaft zuständig



Nicht Big, sondern Smart Data ist entscheidend!
Analyse des Managerkreises
Reihe Impulse: Wirtschaft und Politik / Februar 2015
<http://library.fes.de/pdf-files/managerkreis/11238.pdf>

Blaupause für die Zukunft der Industrie

Business-Lunch für Managerinnen

»Die in der Filmindustrie erfolgte Wandlung von großen und vertikal integrierten Konzernen hin zu flexiblen Netzwerken, die sich Produktionsstrukturen und Mitarbeiter_innen on demand anmieten, wird beispielhaft für viele andere Industriezweige im Zuge der Digitalisierung sein«, so Managerkreis-Vorstandsmitglied Dagmar Bornemann zur Eröffnung des zweiten Business-Lunches für Frauen am 4. Februar in Stuttgart. Damit sprach Frau Bornemann, selbst Unternehmerin im Bereich VFX (Visual-Effects)-Software, das zentrale Thema an: die digitale Transformation und ihre Auswirkungen auf die Arbeitswelt im weitesten Sinne.

Mit der Filmproduzentin und -vertrieberin Nicole Ackermann als Gast konnte der Managerkreis erneut eine renommierte Expertin für seine wirtschaftspolitische Gesprächsreihe nur für Frauen begrüßen. Als Vertreterin einer Branche, die sich schon länger im Wandel befindet, beschrieb Nicole Ackermann anschaulich das Nebeneinander alter und neuer Geschäftsmodelle.

Die Medienkonvergenz und Auflösung der alter Branchen- und Berufsgrenzen schafft jedoch auch viele Möglichkeiten für neue Anbieter oder Nischenprodukte. Gerade letztgenannte können durch die digitalen Vertriebswege, neue Finanzierungsformen wie

crowdfunding Special-Interest-Gruppen besser bedienen.

Das stellt allerdings Filmschaffende wie auch Produzierende vor neue Herausforderungen, denn neben ihren klassischen Fähigkeiten müssen sie nun auch Social Media-Expert_innen werden, sich intensiv um ihre Communitys und Investoren kümmern.

Eine integrierte Geschäfts- und Personalstrategie ist demnach unverzichtbar für den Wettbewerb, der immer stärker durch informationstechnische Entwicklungen geprägt ist. ●

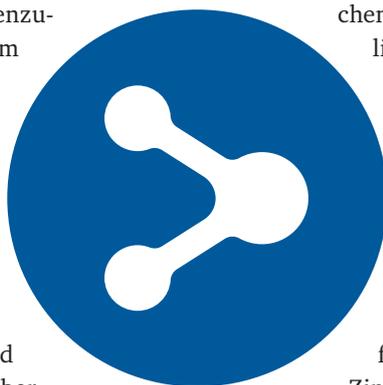
PUBLIKATION DES MANAGERKREISES

Schöne neue »share economy«?

Mit dem Begriff »share economy« wird eine neue Ära des Wirtschaftens verbunden, in dem Teilen (»share«) und gemeinsames Arbeiten im Vordergrund stehen. Ressourcen sollen so effizienter genutzt und allen zur Verfügung gestellt werden. Internet und mobiler Datengriff bieten die notwendigen Werkzeuge, um Informationen und Wissen, aber auch Waren und Dienstleistungen zu teilen. Damit entstehen eine Reihe neuer Geschäftsmodelle. Da sich grundsätzlich jede_r an dieser Ökonomie des Teilens beteiligen kann, erwartet man auf den ersten Blick ein demokratisch organisiertes Wirtschaften. Durch diese Entwicklungen werden jedoch die Betreiber der Plattformen und virtuellen Marktplätze gestärkt, denn sie übernehmen eine wichtige Filterfunktion. Hier können Leitanbieter schnell den Markt dominieren und damit die Zugangsbedingungen diktieren. Gerade bei der Aufteilung der Gewinne und Risiken droht eine Verschiebung zu Ungunsten der eigentlichen Dienstleister_innen. Aus der gleichberechtigten »share economy« kann so schnell ein neuer »Plattform-Kapitalismus« werden.

Die Autoren stellen die Frage nach den Handlungsnotwendigkeiten durch den Gesetzgeber, um die Vorteile der »share economy« für Bürger_innen zu wahren und gleich-

zeitig die aus der Kommerzialisierung erfolgenden Nachteile auszuschließen. Sie empfehlen, daß Anbieter_innen, bei denen der Austausch von Waren oder Dienstleistungen über kommerzielle Internet-Plattformen das eigentliche Geschäftsmodell oder ein wichtiger Teil davon ist, durch entsprechende normative Regelungen dafür verantwortlich gemacht werden, die Rechtskonformität der von ihnen vermittelten Leistungen sicherzustellen. So müsste bei einer kommerziellen Vermittlung von »Mitfahrtdiensten« oder von »Mitwohnangeboten« von den jeweiligen Plattformbetreibern geprüft und garantiert werden, dass einschlägige gesetzliche Vorgaben (etwa zum Besitz eines Personenbeförderungsscheins für Fahrangebote oder zum Brandschutz bei Zimmervermietungen) eingehalten werden. Gestärkt werden sollten auch die kartellrechtlichen Möglichkeiten. Mit Blick auf die Marktmacht einzelner Anbieter müsse der Monopolisierung von Angeboten entgegen gewirkt werden. ●



Schöne neue »share economy«?

Peter Wedde und Irene Wedde

Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2015

↓ <http://library.fes.de/pdf-files/managerkreis/11265.pdf>

HERAUSFORDERUNGEN FÜR ARBEITSBEREICHE IN DER FES

FES-ONLINEAKADEMIE

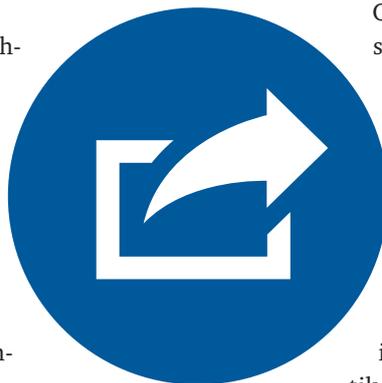
Neue Formate, neue Adressaten

von Tobias Paul

»Online-Bildung ist in der Lage, Menschen zusammenzubringen, die klassische Seminarformate nicht besuchen.«

Die Welt des World Wide Web durchdringt in zunehmendem Maße den Alltag junger wie älterer Menschen. Auch als Informations- und Weiterbildungsquelle. Daher findet seit mehr als einem Jahrzehnt politische Bildung auch im Internet statt. Diese Entwicklung folgt der Überzeugung, dass erfolgreiche politische Bildungsarbeit an der Lebenswirklichkeit der Menschen angedockt sein sollte.

Dabei geht es nicht darum, bewährte klassische »Offline«-Formate radikal durch vermeintlich hippe »Online«-Veranstaltungen zu verdrängen, sondern das bereitstehende Portfolio zu ergänzen und, wo sinnvoll, miteinander zu verschränken. Online-Bildung ist aber – vor dem Hintergrund der Erfahrungen der FES OnlineAkademie – kein Allheilmittel, schrumpfendes Interesse an herkömmlichen »analogen« Seminarangeboten eins zu eins zu ersetzen. Dennoch gelingt es, mittels eigenständiger Formate teilweise andere, teilweise auch neue Adressaten anzusprechen.



Die Ausdifferenzierung der Lebenswelten der Menschen erfordert ein entsprechend gestaltetes Seminarprogramm. Das schließt ein Online-Angebot ein, das für die gewählten Themen und Formate die jeweils geeigneten, modernen, technisch verfügbaren Möglichkeiten ausschöpft.

Online-Bildung ist in der Lage, Menschen zusammenzubringen, die aus Zeit- oder Kostengründen klassische Seminarformate nicht besuchen. Oder erst durch den Reiz der Technik einen eigenen Zugang finden.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung bietet dazu mit ihren vielfältigen Angeboten ein breites Spektrum. Dazu gehören Themenportale mit detaillierten, didaktisch aufbereiteten Texten. Aktuelle Wissenssnacks informieren kompakt über Aktuelles aus Politik und Gesellschaft beziehungsweise erinnern an historische Ereignisse. Kurze Erklärfilme bieten einen unterhaltsamen Einstieg in komplexe Themen. Streamingservices, Webinare und Blogs lassen Menschen an Veranstaltungen in der Ferne beziehungsweise an virtuell durchgeführten Diskussionen und Seminaren teilnehmen und bieten die Möglichkeit, eigene Standpunkte und Perspektiven einzubringen. ●

Tobias Paul ist Leiter der FES-OnlineAkademie

Das kulturelle Erbe nicht verlieren

Probleme der digitalen Langzeitarchivierung

von Rudolf Schmitz

»Der Informationsgesellschaft droht der Verlust ihres Gedächtnisses. (...) Für die Archivierung elektronischer Unterlagen sind bisher weder in nationalem noch internationalem Maßstab zufriedenstellende Lösungen gefunden worden. In Zeiten des eGovernment ist damit der gesetzliche Auftrag an die öffentlichen Archive, kulturelle Überlieferung dauerhaft zu sichern, ernsthaft gefährdet.«

Mit diesen dramatischen Worten schilderte die DFG-Arbeitsgruppe »Informationsmanagement der Archive« vor zirka zehn Jahren die Situation, in der sich die Gedächtnisinstitutionen durch die digitale Revolution gestellt sahen. Wie aktuell die hier geäußerten Befürchtungen immer noch sind, zeigt der »Berliner Appell«, mit dem unter anderen die Gesellschaft für Informatik »dringenden Handlungsbedarf bei der Archivierung« anmahnt, »da digitale Inhalte und Informationen sonst unwiederbringlich verloren sind«.

Dass trotz zahlreicher verdienstvoller Initiativen die Sorgen um die Bewahrung des kulturellen Erbes nicht geringer werden, verdankt sich der andauernden Umgestaltung des gesamten Kommunikationsverhaltens.

Von den technischen Entwicklungen bleiben auch grundlegende Praktiken und Begriffe unseres alltäglichen Verstehens nicht unbeeinflusst. Bücher liest man von vorn nach hinten, und man versteht sie von hinten nach vorn; also von ihren Grenzen her. Das Internet kennt solche Grenzen nicht. Grenzen können hier nur vom User (oder Archivar) bestimmt werden.

»Das Archiv der sozialen Demokratie stellte sich als eines der ersten Archive in Europa der Herausforderung, auch Websites von gesellschaftlichen Großorganisationen zu archivieren.«

Im Zeitalter digitaler Reproduzierbarkeit müssen auch zentrale Begriffe unseres herkömmlichen Urheberrechts neu gefasst werden. Erst Änderungen in diesem Bereich ermöglichen Archiven und Bibliotheken, ihrem Archivierungsauftrag mit der notwendigen Rechtssicherheit nachzukommen.

Digitalisierungsprojekt »Vorwärts« vor 1933



Für die Verfügbarkeit bedeutender historischer Quellen im Allgemeinen und für die Berücksichtigung sozialdemokratischer Positionen in der historischen Forschung zu Kaiserzeit und Weimarer Republik im Besonderen ist die Digitalisierung von gegenwärtig nur schwer zugänglichem Material von entscheidender Bedeutung.

Die Bibliothek der FES hat daher seit Anfang des Jahres mit den Vorbereitungen für die Digitalisierung des »Vorwärts« vor 1933 begonnen. Im

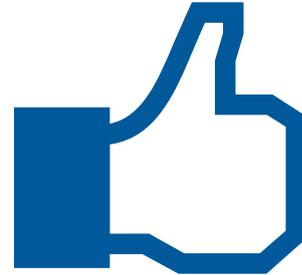
Rahmen des Projekts sollen hochwertige Scans von zirka 200.000 Zeitungsseiten angefertigt werden. Ziel ist es, den »Vorwärts« über eine Webpräsenz mit komfortablen Suchfunktionen der Forschung und der interessierten Allgemeinheit weltweit frei zugänglich zu machen. ●

Projekt-Ansprechpartner:
Olaf Guercke
Tel 02 28 · 883 82 10
olaf.guercke@fes.de

Digitalisierung 2.0

Öffentlichkeitsarbeit im Social Web

von Reimar Winkler



Aber schon die rein technischen Innovationen im Web stellen für Archive und Bibliotheken eine immense Herausforderung dar. Hunderte unterschiedliche Formate einer wesentlich bild- und grafikbasierten Kommunikation sind nicht einfach durch Standards zu ersetzen. Wer sollte solche Standards setzen?

Der Aufbau eines Internet-Archivs beinhaltet neben der Sicherung auch die Erfassung, Erschließung und Präsentation von Websites. Die Datenbestände müssen physisch im Archiv präsent sein, sie müssen recherchierfähig sein, langfristig gesichert und benutzerfreundlich aufbereitet. Ihre Authentizität muss durch Metadaten verbürgt werden, ihre Integrität muss gesichert sein und ihre Identität nachweisbar bleiben. Es müssen automatisierte Verfahren einer medienspezifischen Erschließung entwickelt und angewandt werden (Bild- und Sprachanalysen). Im Intra- oder Internet müssen eigene Infrastrukturen geschaffen werden, um einen benutzerfreundlichen Zugang mit entsprechenden Recherchemöglichkeiten zu schaffen.

All dies muss von Archiven und Bibliotheken in ständiger Auseinandersetzung mit den Produkten und Verfahren einer innovationsstarken Industrie geleistet werden.

Das Archiv der sozialen Demokratie stellte sich als eines der ersten Archive in Europa bereits 1999 der Herausforderung, auch die Websites von gesellschaftlichen Großorganisationen wie der SPD und den Gewerkschaften zu archivieren. Unter seiner Federführung haben sich die Archive der politischen Stiftungen zu einem gemeinsamen Projekt der Webarchivierung zusammengeschlossen, das von 2004 bis 2006 von der DFG gefördert wurde und stark erweitert als eigenständiger Arbeitskreis der »Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung« fortgeführt wird. ●

Rudolf Schmitz ist Mitarbeiter des Archivs der sozialen Demokratie

Kommunikation digital – eine Zwischenbilanz: Auf der »Habenseite« steht die (zumeist) verzögerungsfreie Übermittlung von Information. Auf der »Sollseite« steht eine gesellschaftliche Entwicklung, die den Soziologen Hartmut Rosa dazu bringt, von der »Beschleunigungsgesellschaft« zu sprechen. Die Schlagzahl der Kommunikation hat sich drastisch erhöht.

Inzwischen ist das Internet keine Einbahnstraße mehr, in der die Nutzer_innen nur Leserechte besitzen und aufnehmen, was Firmen und Institutionen auf ihre Internetseiten schreiben. In den Sozialen Netzen angekommen, kann jeder der Welt im eigenen Blog die Meinung sagen oder die Äußerungen anderer kommentieren. Diese gleichberechtigte Kommunikation erfordert eine andere Öffentlichkeitsarbeit; bringt neue Aufgaben mit sich.

Das Social Web ist keine vorübergehende Mode. Ein Medienwandel vollzieht sich: Wer nicht dabei ist, kann froh sein, überhaupt noch wahrgenommen zu werden. Die Frage, ob traditionsverhaftete Institutionen bei Facebook, Twitter & Co. vertreten sein müssen, stellt daher inzwischen niemand mehr.

Also ist man dabei, und sucht nach Antworten: Wo in den Weiten des Social Web halten sich die Menschen auf, die ich erreichen möchte? Welche »Sprache« wird in welchen »Kanälen« gesprochen – wird geduzt, in 140 Zeichen formuliert, worauf muss ich reagieren und wie schnell? Kommt meine Botschaft an, wie definiert sich Erfolg im Netz?

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist im Social Web präsent – durchdacht und zielgerichtet.

Neue Arbeitsabläufe müssen etabliert werden, damit die Inhalte effizient, mediengerecht und optimal in die verschiedenen Kanäle gelangen können oder angemessen auf Kommentare und Kritik reagiert werden kann. Eine lernende Institution wie die FES bekommt hier viel geboten: Anregungen der Nutzer_innen, inspirierende Kreativität, weltweites Wissen und vielseitig verwendbare Technik. ●

Reimar Winkler ist Referent in der FES-Online-Redaktion

gute gesellschaft – soziale demokratie # 2017 plus



Werte ändern sich Ideen und Konzepte für die Gute Gesellschaft

Was macht eine Gute Gesellschaft aus? Es sind soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, eine innovative und erfolgreiche Wirtschaft und eine Demokratie, an der die Bürgerinnen und Bürger aktiv mitwirken. Es ist eine Gesellschaft, getragen von den Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Dazu braucht es neue Ideen und Konzepte, um die Gute Gesellschaft nicht zur Utopie werden zu lassen. Deswegen entwickelt die Friedrich-Ebert-Stiftung konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik der kommenden Jahre.

Im Mittelpunkt stehen dabei die Themenfelder

- Grundwerte
- Demokratie und demokratische Teilhabe
- Neues Wachstum und gestaltende Wirtschafts- und Finanzpolitik
- Gute Arbeit und sozialer Fortschritt

Eine Gute Gesellschaft entsteht nicht von selbst, sie muss kontinuierlich unter Mitwirkung von allen gestaltet werden. Für dieses Projekt nutzt die Friedrich-Ebert-Stiftung ihr weltweites Netzwerk, um die deutsche, europäische und internationale Perspektive miteinander zu verbinden. In zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen wird sich die Stiftung in den Jahren 2015 bis 2017 dem Thema kontinuierlich widmen, um die Gute Gesellschaft zukunftsfähig zu machen.

Grundwertedebatte

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität: das sind die Werte, die die Politik der Sozialen Demokratie seit mehr als 150 Jahren leiten. Sie sind bis heute die Richtschnur für politisches Handeln. Doch was ist frei, gerecht oder solidarisch? Diese Fragen verlangen heute andere Antworten als in der Vergangenheit. Denn Werte ändern sich.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung lädt im Rahmen von Grundwerte-Foren zum Gespräch ein. Über parteipolitische Grenzen hinweg stellen wir uns in nationalen und internationalen Dialogforen den Fragen, wie ein Gesellschaftsvertrag im digitalen Zeitalter aussehen muss und wie ökologische und demokratische Aspekte gleichberechtigt neben ökonomischen Gesichtspunkten das Fundament der Wirtschaft und Gesellschaft von morgen bilden können.

Stärkung der Demokratie und demokratischen Teilhabe

Eine Gute Gesellschaft braucht demokratische Teilhabe. Ziel muss es sein, dass alle Bürgerinnen und Bürger aktiv die Entwicklung der Gesellschaft mitgestalten. Dafür müssen Wege gefunden werden, um jeden Einzelnen anzusprechen, zu informieren und zu motivieren – und dies bereits, bevor das Wahlalter von 18 Jahren erreicht ist.

Durch die Tatsache, dass Menschen aus aller Welt nach Deutschland einwandern, stellen sich weitere Herausforderungen. Auch Lebensstile und Denkmuster sind in Deutschland so zahlreich wie unterschiedlich.

In einer freien und pluralistischen Gesellschaft können viele Akteure ein Zeichen der Stärke und nicht der Schwäche sein. Im Sinne der Sozialen Demokratie müssen Menschen aller kulturellen und persönlichen Überzeugungen und Ausrichtungen jedoch vor Diskriminierung und Marginalisierung geschützt werden.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung setzt in diesem Arbeitsfeld auf folgende Schwerpunkte:

- die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Deutschland und Europa
- die Förderung demokratischer Teilhabe der jungen Generation
- die Förderung des Verständnisses von Migration und Integration als Querschnittsaufgabe, die nahezu alle Politikbereiche berührt
- die Mitarbeit an einem gelingenden interkulturellen und interreligiösen Zusammenleben in den europäischen Einwanderungsgesellschaften

Die Friedrich-Ebert-Stiftung will besonders dazu beitragen, dass internationale Erfahrungen eingebracht und Handlungsoptionen entwickelt werden können.



Tradition in der Entschlossenheit zur Mitgestaltung: SPD-Kundgebung in Hannover zur niedersächsischen Landtagswahl 1947

»Wir müssen offen und flexibel bleiben«

Fragen an Kurt Beck,
Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung



Was sind die großen Trends für die nächsten zehn Jahre – Worauf sollte der Fokus der Politik liegen?

»Es ist schwer, Trends mit Sicherheit vorauszusagen. Vieles von dem, was die Politik in den kommenden Jahren bestimmen wird, können wir heute noch gar nicht vorhersehen. Deshalb müssen wir offen und flexibel bleiben. Dennoch werden uns Themen wie Migration, der demographische Wandel, die Energiewende oder die Digitalisierung weiter begleiten und die Gesellschaft beeinflussen. Auf diese Trends wollen wir einen genaueren Blick werfen und hierzu Vorschläge entwickeln.«

Warum führt die FES das Projekt »Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie 2017plus« durch – was steckt dahinter?

»Die Friedrich-Ebert-Stiftung möchte in den kommenden Jahren einen substantiellen Beitrag zu den aktuellen politischen Debatten in Deutschland leisten. Es geht darum, Impulse für die Politik zu setzen und konkrete und umsetzbare Vorschläge zu entwickeln. Das gilt nicht nur für die Bundes-, sondern auch für die Landes- und kommunale Ebene. Um dies zu erreichen, nutzen wir unser Netzwerk aus Büros in Deutschland, Europa und der ganzen Welt. Wir sind neugierig auf die Erfahrungen aus anderen Ländern. Zusammengefasst haben wir dieses Projekt unter dem Begriff »Gute Gesellschaft« – was macht eine gute Gesellschaft aus? Ich finde, es lohnt sich, diese Frage zu stellen.«

Welches sind die wichtigsten Themen für die Sozialdemokratie in den kommenden Jahren?

»Die Sozialdemokratie muss mutig und zuversichtlich sein. Wir haben uns noch nie vor der Zukunft versteckt, sondern haben immer versucht, sie zu gestalten. Unser »Markenkern« ist dabei die soziale Gerechtigkeit. Wie können wir diese unter den gegebenen Rahmenbedingungen erhalten und ausbauen, was bedeutet beispielsweise die Digitalisierung für die Arbeitswelt – wo liegen die Chancen, wo die Probleme? Wie gehen wir mit steigender Ungleichheit um? Wie kann die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in unserem Land erhalten werden? Um diese Fragen werden wir uns kümmern müssen.«

Gute Arbeit und sozialer Fortschritt

Im Mittelpunkt des Projektes steht die Überzeugung: Gute Gesellschaft braucht sozialen Ausgleich und eine solidarische Arbeitswelt. Wie können die sozialen Sicherungssysteme auf kommende Entwicklungen eingestellt und wie kann eine moderne Familien- und Bildungspolitik der Vielzahl von Lebensentwürfen in unserer Gesellschaft gerecht werden?

»Eine Gute Gesellschaft entsteht nicht von selbst, sie muss kontinuierlich unter Mitwirkung von allen gestaltet werden.«

- Welche neuen sozialen Risiken gibt es, und wie können die Menschen dagegen abgesichert werden?
- Wie lässt sich flächendeckend ein offenes, leistungsfähiges und inklusives Bildungssystem erreichen?
- Wie muss eine zukunftsfähige Stadtteilpolitik aussehen?
- Welche Instrumente benötigt eine zeitgemäße und gerechte Arbeitsmarktpolitik?
- Wie kann Digitalisierung genutzt werden, um einer humanen Arbeitswelt zu nutzen?

Die Friedrich-Ebert-Stiftung wird mit ihren Publikationen, Debattenbeiträgen und Veranstaltungsreihen nach Antworten zu all diesen Fragen suchen. ●

Was verbindet und was trennt?

Grundwerteforen der Sozialen Demokratie

Die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind für die demokratischen Parteien wichtige Bezugspunkte. Fast alle berufen sich auf den Schlachtruf der französischen Revolution – damals noch in der Fassung »Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit!«. Aber sie interpretieren die Werte unterschiedlich, füllen sie unterschiedlich mit Inhalt und Leben.

Die Grundwerteforen der Sozialen Demokratie sind 2015 dem Austausch unterschiedlicher politischer Strömungen gewidmet. Wo gibt es Gemeinsamkeiten im Grundwerteverständnis der Parteien? Und wo liegen die Unterschiede? Was verbindet und was trennt?

Die politische Debatte lebt davon, dass sie sich nicht in Alltagsfragen verliert, sondern die normative Basis von Entscheidungen immer wieder in den Blick nimmt und das politische Handeln daran überprüft. Wir möchten debattieren, welche Rolle die Grundwerte und ihr jeweiliges Verständnis in der politischen Praxis der einzelnen Parteien spielen.

Die Grundwerteforen 2015

Im Rahmen des Projekts
»Gute Gesellschaft –
Soziale Demokratie
2017plus«

Freiheit

29. April 2015 | 19.00 Uhr |

Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin

Podium: Yasmin Fahimi, Generalsekretärin der SPD; Michael Kellner, Bundesgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen; Nicola Beer, MdL, Generalsekretärin der FDP

Moderation: Prof. Dr. Thomas Meyer, Chefredakteur der Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte

Demokratie braucht auch die Auseinandersetzung, das Grundsätzliche – Verbindendes und Trennendes. Die Grundwerteforen sind ein Format der Friedrich-Ebert-Stiftung, das solche Grundfragen in Abendveranstaltungen aufgreift. Es bringt herausragende

Gerechtigkeit

22. Juni 2015 | 19.30 Uhr |

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn

Podium: Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL, Stellvertretender Vorsitzender der SPD; Jens Spahn, MdB, Mitglied des Präsidiums der CDU; Dr. André Brie, MdL, Die Linke

Moderation: Dr. Christian Krell und Dr. Tobias Mörschel, Friedrich-Ebert-Stiftung

Solidarität

6. Oktober 2015 | 19.00 Uhr |

Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin

Podium: Dr. Ralf Stegner, MdL, Stellvertretender Vorsitzender der SPD; Gerda Hasselfeld, MdB, Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag (angefragt); Petra Pau, MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und Mitglied der Linken

Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Medien miteinander ins Gespräch. ●

Kontakt

Jochen.Dahm@fes.de

Christian.Krell@fes.de

Tobias.Mörschel@fes.de

Sommeruniversität 2015

Vom 5. bis zum 10. Juli 2015 findet im Rahmen des Projektes »Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie 2017plus« die 15. Sommeruniversität der Friedrich-Ebert-Stiftung zu dem Thema »Deutschland, Europa und die Welt: Stresstest für die offene Gesellschaft!« in Potsdam-Hermannswerder statt.

Die neue Qualität weltumspannender Probleme wie die Wirtschafts-, Finanz- und Schuldenkrise, wachsende soziale Ungleichheit, religiöser Fundamentalismus sowie Flucht und Migration stellen das demokratische Selbst-

verständnis der offenen Gesellschaft zunehmend auf die Probe. Wie lässt sich eine nationale, europäische und globale Politik unter den Vorzeichen der Sozialen Demokratie gestalten? Und wie müssen sich ihre Akteure positionieren, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie das Vertrauen in die Demokratie zu stärken? Diese Fragen werden wir in spannenden Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Workshops zusammen mit renommierten Wissenschaftlern_innen und Politikern_innen beleuchten.

Matthöfer-Preis 2014 vergeben

Prof. Mark Blyth von der US-amerikanischen Brown University wurde im Februar für sein Buch »Wie Europa sich kaputtspart: Die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik« mit dem Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik »Wirtschaft. Weiter. Denken.« 2014 ausgezeichnet. Die Laudatoren auf der Festveranstaltung in Berlin waren der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz und der Wirtschaftsweise und Jurymitglied Prof. Dr. Peter Bofinger.

➔ www.fes.de/wiso/content/wirtschaftspreis.php

Sozialer Fortschritt durch Industrie 4.0?

Zusammenspiel von technischen und sozialen Innovationen

Noch ist Industrie 4.0 – die digitalisierte und vernetzte Produktion – vor allem eine Vision. Doch der weltweite Wettlauf um die besten Ideen und erfolgreichsten Konzepte hat längst begonnen. Allerdings werden die Lösungen bisher vor allem in der Technik gesucht. Dabei spielt gerade der Mensch im Innovationsprozess eine wichtige Rolle: als Mitgestalter_in und Koproduzent_in, als Anwender_in und Innovator_in.

Die Aufgaben werden komplexer, die Wertschöpfungsnetze dynamischer – das erfordert ein hohes Maß an Flexibilität. Neue Lernhilfen sind gefragt – Assistenzsysteme, Roboter, E-Learning. Flexible Arbeitsmöglichkeiten würden es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erlauben, Beruf und Privatleben besser miteinander zu kombinieren.

Daher gilt es, Industrie 4.0 als Zusammenspiel von technischen und sozialen Innovationen zu begreifen. Not-



Industrie 4.0: Neue Aufgaben für die Innovationspolitik

von Daniel Buhr

Im Rahmen der öffentlichen Veranstaltung »Vier Jahre Industrie 4.0 - Von der technischen zur sozialen Innovation« stellte Prof. Dr. Daniel Buhr am 15. April 2015 in Hannover die Ergebnisse der Studie vor. (Reihe: WISO direkt)

↓ <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/11303.pdf>

wendig hierfür ist ein systemisches Verständnis von Innovationspolitik, das nicht nur die Politik einschließt, sondern auch die Unternehmen und Gewerkschaften, die Gesellschaft und die Wissenschaft. Nur wenn solche Prozesse ressortübergreifend und interdisziplinär ablaufen, kann gewährleistet werden, dass technische Innovationen einen Beitrag zur Entwicklung des sozialen Fortschritts leisten. ●

POLITIKEMPFEHLUNGEN

Gesundheitsversorgung und Pflege in der Einwanderungsgesellschaft

Das Gesundheits- und Pflegesystem in Deutschland muss sich stärker als bisher auf die ethnische, kulturelle und soziale Vielfalt der Bevölkerung einstellen. Die demographische Entwicklung führt nicht nur dazu, dass wir im Durchschnitt älter, sondern auch dass wir »bunter« werden. So wird in Zukunft der Anteil älterer Seniorinnen und Senioren mit Migrationsgeschichte stark ansteigen. Dies führt zu neuen Herausforderungen für alle Gesundheits- und Pflegeinstitutionen.

Wie diese zu bewältigen sind, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung auf einer

Konferenz im Rahmen des stiftungsweiten Projektes »Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie 2017plus« am 21. April 2015 mit Expertinnen und Experten erörtert. Aydan Özoğuz, die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, wies in ihrem einführenden Beitrag auf die Notwendigkeit der Interkulturellen Öffnung zum Beispiel von Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Arztpraxen und Reha-Zentren hin. Aktuell sieht sie Handlungsbedarf, die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen zu verbessern. Der unterschiedlich geregelte Zugang von Asylsuchenden und Flüchtlingen

zu medizinischen Leistungen in den Bundesländern steht dadurch auf dem Prüfstand. Viel Beachtung fanden die Ausführungen von Prof. Dr. Allan Krasnik von der Universität Kopenhagen über die Gesundheitsversorgung von Migrant_innen in skandinavischen Ländern. Hinsichtlich der Versorgung von Flüchtlingen ist Norwegen beispielhaft.

Die Konferenz führte zu zahlreichen Vorschlägen, wie das Gesundheits- und Pflegesystem in Zukunft bessere Versorgungsleistungen für eine heterogener werdende Bevölkerung entwickeln kann. ●

politik für europa #2017 plus

SOLIDARITÉ

PEUPLE



Zunehmende Entfremdung:
Immer mehr Bürgerinnen
und Bürger zweifeln an der
Richtung europäischer Politik



EINFÜHRUNG

Wege aus der Krise Eine realistische »Politik für Europa«

Von Arne Schildberg

Die Finanzkrise des Jahres 2007/8 hatte ihren Ursprung in den USA: Eine Kreditblase im Immobilienbereich (»subprime lending«) war geplatzt, Kreditrisiken wurden schlagartig neu bewertet, eine bedeutende Investment-Bank in den USA war überraschend kollabiert. Als die erste Panik der Märkte schon überwunden schien, geriet Europa in den Blick: Staatsschulden verschiedener Länder der Eurozone wurden plötzlich ganz unterschiedlich bewertet, dramatische Schritte zur Rettung des europäischen Finanzsystems wurden notwendig. Die leitenden Akteure aus Europäischer Zentralbank, Europäischer Kommission, Europäischen Räten und dem Internationalen Währungsfonds beschlossen Schritte zur Konsolidierung der Haushalte; das betraf vor allem die besonders exponierten Länder des EU-Südens, aber auch Irland. Diese Entwicklung führte zu massivem Rückgang des Wirtschaftswachstums, verminderten Steuereinnahmen sowie zum Abbau öffentlicher Leistungen. Das Ende der kreditfinanzierten Wachstumsphase, die internationale Wirtschaftskrise

und die folgenden Einschränkungen von staatlichen Ausgabeprogrammen und sozialer Ausgleichsmechanismen mündeten in eine prekäre soziale Lage großer Teile der Bevölkerung in Europas Süden. Die Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Jugendlichen, stieg auf besorgniserregende Ausmaße.

Gleichzeitig wurde der Blick auf einen enormen Reformbedarf der öffentlichen Verwaltungen und der Wirtschaftsstrukturen in den Südstaaten der EU gelenkt. Zwar war die Sparpolitik das Gegenteil eines sinnvollen makroökonomischen Krisenmanagements, jedoch wurde auch offenbar, dass die bereits bestehenden Schuldenstände einer weiteren Kreditaufnahme an den Märkten im Wege stehen und dass ein nachhaltiges Wachstum der Krisenländer nur durch Produktivitätssteigerungen, also durch Strukturreformen erreicht werden kann. Grundsätzlich besteht Konsens, dass *sowohl* angebots- *wie auch* nachfrageseitige Impulse benötigt werden, um Europa insgesamt und den Süden im Besonderen wieder auf einen stabilen Wachstumspfad zu bringen. Gegenwärtig wird heftig darüber gestritten, worin die richtige Mischung aus Strukturreformen und nachfragewirksamen geld- und fiskalpolitischen Förderstrategien besteht und welches Timing der Maßnahmen zielgerecht ist.

Immer deutlicher wird nun aber: Die soziale Krise in den Südländern der EU führt zu politischen Verwerfungen in einigen Ländern und zu einer Bedrohung der europäischen Integration insgesamt. In den südlichen Mitgliedsländern wird die Konsolidierungspolitik allein für die wirtschaftliche Schwäche verantwortlich gemacht; die Schuld wird den Gläubigerländern zugewiesen. In den



Arbeiten für jeden Preis:
Viele Bürger sehen die
Arbeitsmigration aus den
südosteuropäischen Ländern
mit Sorge

Gläubigerländern wächst die Furcht, Haftungsrisiken für den Süden übernehmen zu müssen, was in den entsprechenden Vereinbarungen nicht vorgesehen war. Beide Ländergruppen sind sich darin einig, dass diese Verwerfungen eine Folgewirkung der (unvollkommenen) währungspolitischen Integration darstellen. Damit wendet sich der Unmut direkt gegen das sichtbarste europäische Integrationsprojekt. Populistische und undemokratische Bewegungen greifen diese Stimmung besonders begierig auf, empfehlen Schutz durch die nationale Politikebene und drohen so, die Kompromissfähigkeit der EU-Mitglieder zu untergraben.

Während bis vor wenigen Jahren bis zu 80 Prozent der Bürger_innen der europäischen Integration uneingeschränkt positiv gegenüberstanden, lehnt zurzeit eine Mehrheit eine weitere Vertiefung der Integration ab. So ergab zum Beispiel eine Umfrage von Infratest zur Europawahl 2014, dass die Mehrheit der deutschen Wähler_innen sich die Beibehaltung des Status Quo oder aber eine Renationalisierung von politischen Entscheidungen wünscht.

Ein wichtiger Grund für die kritische Haltung vieler Bürger liegt im Zielkonflikt zwischen wünschenswerter Arbeitsmobilität und Freizügigkeit einerseits und andererseits einem guten Arbeitsschutz sowie akzeptabler Entlohnung. Ganz aktuell sehen viele Bürger_innen die negativen Folgen der Arbeitsmigration aus den mittelosteuropäischen und südosteuropäischen Ländern in westeuropäische Arbeitsmärkte mit Sorge. Diese Migration führt immer noch häufig dazu, dass Arbeitsstandards massiv unterlaufen werden und ortsübliche Löhne dramatisch unterboten werden. Am bekanntesten sind die Beispiele von Schlachtern und Bauarbeitern aus Ost-

Ein wichtiger Grund für die kritische Haltung vieler Bürger liegt im Zielkonflikt zwischen Freizügigkeit einerseits und einem guten Arbeitsschutz andererseits

und Südosteuropa, die mit Werkverträgen oder als Scheinselbständige zu Hungerlöhnen arbeiten oder von Reinigungskräften und Pflegekräften, die bei niedrigster Bezahlung und ohne jede Absicherung arbeiten müssen. Es stellt sich für unsere staatlichen Kontroll- und Regulierungssysteme die Frage, wie die schwer errungene Bewegungsfreiheit und die wünschenswerte Mobilität von Arbeitskräften erhalten und zugleich der Schutz von Arbeitsbedingungen und vor Ausbeutung gewährleistet werden können.

Andererseits sehen viele Bürger ein, dass die neuen außenpolitischen Herausforderungen jegliche nationalstaatliche Reaktionsmöglichkeit überfordert. Als wären wirtschaftlich-soziale und politische Krisen nicht genug, sieht sich Europa in seiner unmittelbaren Nähe einer Reihe von neuartigen militärischen Herausforderungen gegenüber. Aggressiv-expansiv sucht Russland seine Grenzen in Europa mit militärischen Mitteln zu verschieben, mit dem »Islamischen Staat« (»IS«) droht eine nichtstaatliche Terrorgruppe in unmittelbarer Nähe zu Europa eine Basis für terroristische Angriffe in Europa zu schaffen. Sowohl die Konfrontation mit Russland in der

Widersprüchliche Wahrnehmungen Wandel der Arbeitnehmereinstellungen zu Europa



Das erdrückende Gewicht der Marktkräfte: Eine Bedrohung sozialer Sicherungsniveaus?

Die Finanzkrise hat die Einstellung der Arbeitnehmer_innen zu Europa gravierend verändert. Eine recht diffuse, mal zustimmende, mal ablehnende Haltung ist einer konkreten, aber überwiegend kritischen Haltung gewichen.

Dies zeigt eine Studie von Rainer Gries und Martin Roggenkamp, die im Rahmen einer Kooperation von Hans-Böckler-Stiftung, Otto Brenner Stiftung, IG Metall, IG BCE sowie der Friedrich-Ebert Stiftung erstellt wurde.

Für die Studie wurden Seminarleiter_innen der Erwachsenenbildung nach ihren Beobachtungen in Bezug auf den Wandel der Arbeitnehmereinstellungen zu Europa befragt. Die Studie offenbart oftmals widersprüchliche Deutungsmuster. So wird die EU in ihrer Rolle nach außen hin als absolut notwendig empfunden, sei es zur Friedenssicherung oder als wirtschaftliche Macht im Kontext der Globalisierung. In der Innenperspektive hingegen werden die wirtschaftliche Integration unter Marktaspekten und die EU-Erweiterung eher als Bedrohung sozialer Sicherungsniveaus wahrgenommen. ●

➔ Veröffentlicht in der
»Zeitschrift Außerschulische
Bildung« Ausgabe 4-2014

Ukraine als auch die Auseinandersetzung mit dem internationalen Terrorismus zeigen, in welchem Maße Europa gemeinsame europäische Lösungen für die sicherheitspolitischen Zuspitzungen benötigt.

Drei Bereiche umfasst also der Themenkomplex Europa: eine wirtschaftlich-soziale Krise, aufkommende Zweifel an der Demokratie und außen- und sicherheitspolitische Verwerfungen. Während die ersten beiden Entwicklungen die Substanz der politischen Integration beim Bürger in Frage zu stellen drohen, könnte die äußere Bedrohung möglicherweise eher mehr Unterstützung für das europäische Projekt hervorbringen. Allen drei Themen widmet sich die Friedrich-Ebert-Stiftung mit ihrem Projekt »Politik für Europa«. Wir wollen progressive Politikvorschläge diskutieren, die die Sorgen und Befürchtungen der Bürger zur europäischen Integration aufnehmen, die europapolitische Rhetorik auf ihren Gehalt abklopfen und schließlich Anhaltspunkte für eine Europapolitik geben, die näher bei den Menschen ist.

Dazu wird die FES in einem besonders herausgehobenen Projektansatz für alle drei Bereiche inhaltliche Positionen und Alternativen zu Politikansätzen identifizieren und formulieren und damit die Debatte über diese Alternativen vorantreiben.

Klar ist: Die Europa-Sorgen der Wählerinnen und Wähler müssen ernst genommen werden. Gerade die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stellen die Basis für die progressiven Parteien in Europa. Sie müssen sich auch in progressiver Europapolitik wiederfinden können. In vielen Dialogveranstaltungen der FES wurde aber auch deutlich, wie weit die Gedanken von Bürgerinnen und Bürgern und Europaexperten auseinanderliegen: Während die Europapolitiker

sich Sorgen *um* Europa machen, haben die Bürger_innen oft Sorge *vor* Europa.

In Bürgerdialogen wollen wir das kritische Gespräch zu Europa vertiefen und weiterhin auch schwierige Themen ansprechen. Vor diesem Hintergrund wollen wir mit Experten analysieren, auf welcher Grundlage die Europa-Befürchtungen basieren. Wir wollen die Frage beantworten, welche Zukunft sich die Menschen in Deutschland und Europa wünschen.

Antworten müssen gefunden werden für eine Vielzahl von Ungewissheiten: Wie kann der Mix von lokalen, nationalen und europäischen Entscheidungen so gestaltet werden, dass sozialstaatliche Standards und Institutionen auf nationaler Ebene erhalten bleiben? Welchen Effekt hat die Binnenmigration? Was sind die sozialen Folgen der europäischen Integration? Wie kann nachhaltiges Wachstum in den Krisenländern wieder gelingen?

Die Bestandsaufnahme muss die unverstellten Erwartungen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger deutlich machen: Welche politischen Weichenstellungen gehören wirklich nach Brüssel, welche auf die nationale Ebene und die der Bundesländer, und über welche soll im unmittelbaren Lebensumfeld in den Kommunen entschieden werden?

Mit unseren Europaaktivitäten wollen wir so die Positionierung der Sozialen Demokratie in Europa voranbringen und damit verstärkt in die öffentliche Debatte tragen, dass »mehr Europa« eine lohnenswerte politische Vision ist. ●

Arne Schildberg ist Referent in der Abteilung
Internationaler Dialog

Wirtschaft Arbeit Soziales

Von Alexander Schellinger



Die Zukunft des Euros

Konditionalität in der europäischen Wirtschaftspolitik

Allen ist klar, die europäische Wirtschafts- und Währungsunion steht nicht auf festen Füßen. Vieles spricht dafür, dass in Zukunft europäische Maßnahmen noch stärker an Bedingungen unterschiedlicher Form geknüpft werden – so wie zum Beispiel die Kredite für Griechenland mit Reformauflagen verbunden sind.

Die FES wird sich deshalb verstärkt mit der Frage befassen, wie wirtschafts- und sozialpolitische Auflagen an europäische Hilfsmaßnahmen geknüpft werden. Den Anfang wird eine Konferenz im Juni 2015 mit hochrangigen Politikern aus Deutschland, Griechenland und Portugal bilden. Wir wollen dabei auch Erkenntnisse aus den Erfahrungen mit Auflagen im Rahmen der EU-Osterweiterung und in den Programmen des Internationalen Währungsfonds mit Blick auf die europäische Integration und demokratische Legitimation gewinnen.

Wie sozial ist die EU?

Soziale Institutionen in der Wirtschafts- und Währungsunion

Triebfeder der europäischen Integration bleibt die Wirtschafts- und Währungsunion. Diese hat jedoch immer stärkere Auswirkungen auf soziale Errungenschaften im nationalen Kontext. So werden europäische Interventionen in die nationale Lohnpolitik immer offensichtlicher. Neben der Lohnpolitik werden auch die soziale Sicherung und das Arbeitsrecht durch den Binnenmarkt und die Währungsunion stark beeinflusst.

Wir wollen deshalb den zentralen Fragen nachgehen: Welche Rolle spielen nationale Lohnregime für die europäische Wirtschafts- und Währungsunion? Wie ist das »Modell Deutschland« mit der deutschen Krisenpolitik in Europa zu vereinbaren? Welches Wirtschaftsmodell etabliert sich in den Krisenländern? Wie funktioniert die europäische Interessenvertretung von Arbeitnehmern? Wie sieht die soziale Dimension der EU aus?

Brain Drain – Brain Gain

Arbeitsmarktmobilität und die Euro-Krise

Ist die Fachkräftesicherung der einen der Fachkräfteverlust der anderen? Es zeigt sich, dass viele osteuropäische Ärzte ihr Land für besser bezahlte Arbeit in Deutschland oder Großbritannien verlassen haben. Dies führt bereits in einigen Regionen zu gravierendem Ärztemangel.

Zur Beurteilung dieser Beobachtungen fehlt es jedoch an soliden empirischen Grundlagen. Wir wollen deshalb mit Analysen über soziale und ökonomische Auswirkungen sowohl für Empfänger- als auch Herkunftsländer zu einer fundierten Debatte beitragen. Auftakt bildet eine Reihe von acht Länderstudien zur Ab- und Zuwanderung von Fachkräften innerhalb der EU sowie eine zusammenfassende analytische Studie von Prof. Celine Teney von der Universität Bremen. Diese Studie soll im Juni 2015 vorgestellt werden.

Erste Ergebnisse der Studie liegen bereits vor:

Aus Polen, Spanien und Rumänien sind allein im Jahr 2012 jeweils mehr als 150.000 Menschen abgewandert. Die Zuwanderung nach Deutschland hat sich innerhalb weniger Jahre verdoppelt und lag 2012 bei 300.000 Personen (2009–2012). Auch Frankreich und Finnland haben große Zuströme verzeichnet. Zweitgrößtes Einwanderungsland bleibt – nach Deutschland – Großbritannien mit zirka 160.000 Zuwanderern jährlich.

Osteuropäische Einwanderer in große Aufnahmeländer wie Großbritannien sind im Durchschnitt höher qualifiziert als die nationale Bevölkerung. Das Gleiche gilt für Einwanderer aus Südeuropa. Ein solcher »brain drain« wird nicht ohne Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Perspektiven dieser Länder bleiben.

Alexander Schellinger ist Referent im Arbeitsbereich Internationale Politikanalyse

Die verlorene Generation Europas

Von Stephan Thalhofer



Politik und Wirtschaft finden drastische Worte, wenn sie den Notstand der insgesamt 7,5 Millionen jungen Menschen in Europa beschreiben, die heute weder Arbeit noch Studien- oder Ausbildungsplatz haben. Martin Schulz, der Präsident des Europäischen Parlaments, der 2014 seinen Europawahlkampf auf das Thema ausgerichtet hatte, spricht inzwischen von einem »Fallbeil für die europäische Gesellschaft«. Die Betroffenen selbst fühlen sich nach Jahren der Krise als eine im Stich gelassene Generation, die keine Perspektive hat, aus eigener Kraft ihre Zukunft zu bauen.

Was wird unternommen?

Die Mitgliedstaaten verabschiedeten Mitte 2013 als bedeutungsschweres politisches Signal die »Europäische Jugendgarantie«. Mit ihr sollen die Mitgliedstaaten vor allem durch strukturelle Reformen dafür sorgen, dass allen jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie die Schule verlassen haben oder arbeitslos geworden sind, eine hochwertige Arbeitsstelle angeboten wird oder die Möglichkeit einer Aus- oder Weiterbildung erhalten. Einher mit der Jugendgarantie ging die Jugendbeschäftigungsinitiative der EU-Kommission, die für 2014 und 2015 insgesamt 6 Mrd. Euro für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in den am meisten betroffenen Regionen Europas zur Verfügung stellt.

Langsames Reformtempo

Die Mühlen der Verwaltungsreformen in den Mitgliedstaaten jedoch mahlen langsam. Denn um den Übergang junger

Menschen von der Schule ins Berufsleben und deren Beschäftigungsfähigkeit tatsächlich zu verbessern, sind meist tiefgreifende strukturelle Reformen von Ausbildungs-, Arbeitsvermittlungs- und Bildungssystemen nötig. Auch für die Nutzung von Mitteln aus dem 6-Milliarden-Topf bedarf es häufig des langwierigen Aufbaus von lokalen Verwaltungskapazitäten und Projektpartnerschaften. Die austeritätsbedingte Schwächung der Sozialpartnerschaft tut ihr Übriges dazu. Damit wird, wie so oft, die Wirkungskette von europäischen Beschlüssen bis hin zur lokalen Umsetzung zum Geduldspiel.

Wirtschaftspolitischer Zukunftsglaube nötig

Durch die Angebotsorientierung der Jugendbeschäftigungsinitiative wird zwar die Vermittlung von Arbeit verbessert, per se entstehen so aber keine neuen Arbeitsplätze. Umso mehr kommt es darauf an, die unter der Austeritätspolitik in Europa leidenden Instrumente der Nachfragestärkung neu zu beleben. Ohne eine Verbesserung des makroökonomischen Gesamtklimas können nur schwerlich neue Arbeitsplätze entstehen. Die Europäische Zentralbank hat in diesem Sinne die Märkte regelrecht mit Liquidität geflutet. Allerdings ist davon bei der Kreditvergabe an die Wirtschaft wenig zu spüren. Insbesondere kleinere Unternehmen und Startups, die den von der EU-Kommission geforderten Unternehmergeist mitbringen, scheitern in der Praxis allzu oft an der konservativen Kreditvergabe der lokalen Institute. Der Juncker-Plan für eine europäische Investitionsoffensive kann hier einen entscheidenden Beitrag leisten, indem er für die Absicherung risikoreicher Investitionen sorgt, die anderswo nicht möglich sind.

Beitrag der FES

Die Friedrich-Ebert-Stiftung beschäftigt sich mit diesen Themen in zahlreichen europäischen Länderbüros und in Brüssel. Besonders relevant ist dabei die Förderung des Dialogs zu nachhaltigen wachstums- und beschäftigungspolitischen Ansätzen zwischen Gewerkschaften, Unternehmen, der kommunalen Ebene und den europäischen Institutionen. ●



»Der Glaube an die Zukunft ist der Glaube der jungen Leute – dieser Glaube darf nicht weiter erschüttert werden!«, so der Appell von Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, in seiner Eröffnungsrede

anlässlich einer gemeinsamen Veranstaltung zum Thema Jugendbeschäftigung in Europa von FES mit dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) sowie dem Verband der europäischen Mittelständler (CEA-PME European Entrepreneurs) am 26. März 2015 in Brüssel.

Stephan Thalhofer ist Referent im Europa-Büro der FES in Brüssel

Aus der Traum?

Vier Szenarien für die Zukunft Europas

Von Felix Hett



Szenario 1: Mietskaserne

Alle Europäer leben in einem Haus – nicht aus Überzeugung, sondern aus Notwendigkeit

Die Beziehungen zwischen der EU und ihren östlichen Nachbarn sind pragmatisch: Alle Staaten sind Mitglied einer Freihandelszone. Die einst zwischen Russland und der EU umstrittenen Länder sind nicht länger gezwungen, sich für die eine oder andere Seite zu entscheiden.



Szenario 2: Einfamilienhaus

Das gemeinsame Europäische Haus ist Realität

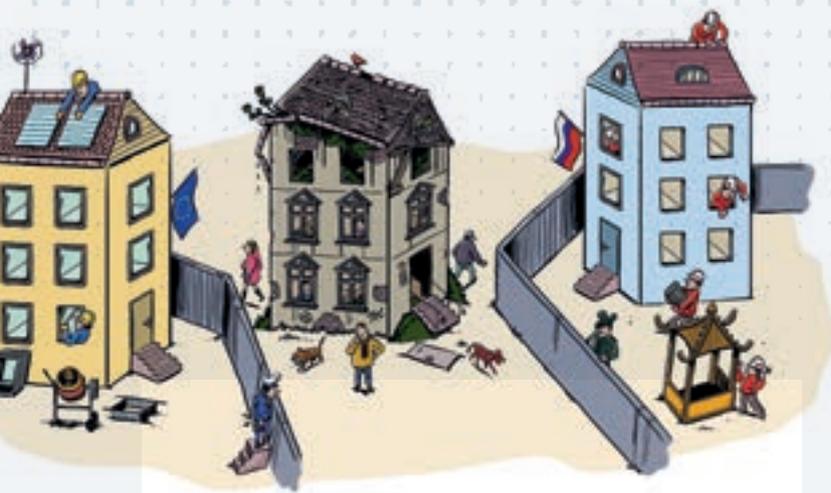
2030 tritt die sechs Jahre zuvor demokratisch gewählte Präsidentin Russlands ihre zweite Amtszeit an. Sie vereinbart visafreien Reiseverkehr mit der EU und den Staaten der »Östlichen Partnerschaft«.

»Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen«, erklärten 34 Staats- und Regierungschefs aus Europa und Nordamerika am 21. November 1990 in der »Charta von Paris«. Der symbolische Schlussstrich unter den Kalten Krieg rückte das Ziel eines gemeinsamen Europäischen Hauses in greifbare Nähe. Der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow hatte diesen Begriff geprägt.

25 Jahre später tobt in der Südostukraine ein Krieg. Russland hat die Krim annektiert. Damit wurde nicht nur eine faktische, sondern auch eine völkerrechtliche Grenze verschoben. Steht ein neuer Kalter, oder gar ein großer »Heißer« Krieg bevor? Jedenfalls wirkt die Pariser Erklärung wie ein ferner Traum. Oder auch – wie eine verfehlte Prognose.

Wenn die Geschichte eines lehrt, dann: dass die Zukunft notorisch unvorhersehbar bleibt und Prognosen fast immer falsch sind. Dennoch müssen heutige Entscheidungen in der Politik auf Annahmen über die Zukunft basieren. Die Alternative zu der einen Prognose heißt: Szenarien. Szenarien sind keine Vorhersagen. Sie treffen Aussagen darüber, wie die Zukunft sein könnte – nicht darüber, wie sie sein wird. Sie zeigen damit das Feld der Möglichkeiten auf. Und sie geben der Politik einen Eindruck davon, welche Konsequenzen heutige Entscheidungen in der Zukunft haben könnten.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat über den Sommer 2014 Experten für die EU und ihre östliche Nachbarschaft eingeladen, gemeinsam Szenarien für die Zukunft Europas im Jahr 2030 zu entwickeln. Die Teilnehmer kamen aus 12 Ländern, von Großbritannien im Westen bis Kasachstan im Osten,



Szenario 3: Ruine

Das Europäische Haus liegt in Trümmern

Europa ist geteilt: Die Länder der »Östlichen Partnerschaft« sind zum Objekt einer anhaltenden Konfrontation zwischen der EU und Russland geworden. Entlang einer Trennlinie von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer ist eine Zone der Instabilität entstanden.



Szenario 4: Reihenhaus

Europäer leben Tür an Tür, aber getrennt

Die EU und Russland sind wirtschaftlich aufeinander angewiesen, aber das Misstrauen wächst. Die Staaten der »Östlichen Partnerschaft« sind der Integrationskonkurrenz zwischen EU und Eurasischer Union ausgesetzt. Darunter leiden alle: Europa fällt weit hinter die neuen globalen Machtzentren in Asien und Amerika zurück.

auch aus Russland und der Ukraine. Nach drei Treffen in Berlin, Moskau und Brüssel einigten sich alle 20 Fachleute – Wissenschaftler und Praktiker aus Ministerien und Parlamenten – auf die hier kurz zusammengefassten Szenarien.

Als Leitbild wurde das Europäische Haus gewählt: Wie könnte es 2030 aussehen? Und welche Entwicklung könnte dahin führen? Die Szenarien sollen Anregungen geben für eine Debatte über die Optionen deutscher und europäischer Ostpolitik – 40 Jahre nach der KSZE-Schlussakte von Helsinki und 25 Jahre nach der Charta von Paris, die einen Grundstein für das Europäische Haus legen sollte. ●

Felix Hett ist Referent für Belarus, die Russische Föderation und die Ukraine bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin



Scenario Group EU+East 2030: The EU and the East in 2030.

Ausführliche Fassung der Szenarien
Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung 2014
↓ <http://www.fes.de/lnk/eueast2030>

Die Broschüre (38 S.) kann unter
osteuropa@fes.de bezogen werden.

Notizen



++ Der FES-Internetauftritt hat ein neues Gesicht



Mit der Überarbeitung der Startseite und zentraler Unterseiten wurde ein Grundstein für die Neugestaltung des FES-Internetauftritts gelegt. Ziel ist eine moderne, übersichtliche und informative Internetseite, in die ab Herbst Schritt für Schritt auch die FES-Arbeitseinheiten und Angebote der Friedrich-Ebert-Stiftung integriert werden.

Zur besseren Navigation besteht, neben Informationen zu Stiftung und Organisation, in der neuen Startseite auch die Möglichkeit, über den Punkt »Standorte« mit Hilfe einer Karten- und Listennavigation Kontaktinformationen zu den FES-Büros in Deutschland und international abzufragen.

Der Menüpunkt »Themen« wird in Zukunft ausgebaut und den Besucher_innen noch stärker einen thematischen Zugang zur Arbeit der FES bieten. ++



Auf dem rechten Auge betriebsblind?

++ Erkenntnisse und Schlussfolgerungen des NSU-Untersuchungsausschusses präsentierte die Bundestagsabgeordnete Dr. Eva Högl auf der Veranstaltung »Auf dem rechten Auge betriebsblind« Anfang Februar in Mainz. Der Sprecherin für die SPD-Fraktion im NSU-Untersuchungsausschuss standen als Diskussionspartner der Staatsminister des Inneren in Rheinland-Pfalz, Roger Lewentz, sowie der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Oliver Malchow, gegenüber. Innenminister Lewentz wies Vermutungen, Polizei und Verfassungsschutz hätten aus rassistischen Gründen nur unzureichend ermittelt, als haltlos zurück. In der Diskussionsrunde zeichnete sich eine vage Einigung über den Reformbedarf der Verfassungsschutzbehörden ab. (Foto: FES) ++

++ Mit der zunehmend erschwerten gewerkschaftlichen Mitwirkung am EU-Einigungsprozess befassten sich mehrere Dialogprogramme des FES-Büros in Brüssel. Gewerkschaftsvertreter_innen aus Portugal, Südosteuropa, der Ukraine und Tunesien diskutierten jeweils zur EU-Austeritätspolitik, der sozialen Dimension des Beitrittsprozesses, der Europäischen Nachbarschaftspolitik sowie zur EU-Migrationspolitik. ++



Zukunftsperspektiven

++ Aus Anlass des 40-jährigen Jubiläums des Partnerschaftsabkommens zwischen dem DGB und dem israelischen Gewerkschaftsverband Histadrut besuchten der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann und sein Vorgänger Michael Sommer im Februar Israel.

Das Abkommen hat für beide Gewerkschaften bis heute einen einzigartigen Stellenwert, denn weder Histadrut noch DGB unterhalten eine derart institutionalisierte Kooperation mit anderen Gewerkschaften. In einer lebendigen Diskussion tauschten sich Reiner Hoffmann und Avi Nissenkorn, Vorsitzender der Histadrut, über Perspektiven zukünftiger Kooperation aus.

Im Anschluss bereiste Michael Sommer die palästinensischen Gebiete und traf bei einer Gesprächsrunde der FES in Ramallah mit dem ehemaligen Wirtschaftsminister Bassam Khoury und dem Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts MAS, Dr. Nabil Kassis, zusammen. Thematisiert wurde der durch Israel beschränkte Zugang zu natürlichen Ressourcen wie Land, Wasser oder Mineralien aus dem Toten Meer. (Foto: FES) ++

++ Über Fragen des internationalen Insolvenzrechts referierte Prof. Jürgen Keßler am 12. März in Buenos Aires vor dem Journalistenforum der FES-Argentinien. Jürgen Keßler ist unter anderem stellvertretender Vorsitzender des FES-Auswahlausschusses für Stipendiat_innen und Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialkomitees. »Insolvenzprozesse sollten Schuldnerländer befähigen, erneut Einnahmen erwirtschaften zu können – und nicht das Land zerstören«, so Keßler. ++



Quo vadis, Deutschland?

++ Peer Steinbrück, Bundesminister a. D., stellte auf Einladung des FES-Büros Leipzig sein Buch »Vertagte Zukunft. Die selbstzufriedene Republik« vor. Deutschland steht im Vergleich mit vielen anderen europäischen Staaten gut da. Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum sind zufriedenstellend. Kein Anlass also zur Sorge? Keineswegs, sagt Steinbrück. Wohlstand und Stabilität seien gefährdet, wenn weiterhin alle heiklen Themen verdrängt würden. Deutschland brauche dringend einen neuen Generationenvertrag und neue Spielregeln für das Internetzeitalter.

(Foto: Waldek) ++

Richtungsweisende Debatten

++ Zwanzig Jahre nach der vierten Weltfrauenkonferenz in Peking sind die dort formulierten Ziele noch lange nicht umfassend erreicht. Wie können die noch immer aktuellen Forderungen weiter umgesetzt werden? Im Rahmen einer Fachkonferenz in Brüssel gingen unter anderem Dagmar Schumacher, Direktorin UN Women Brüssel, Elly Schlein, Mitglied des Entwicklungsausschusses im Europäischen Parlament,

und Gabriele Bischoff, Abteilungsleiterin Europa beim DGB, dieser Frage nach. 2015 gelte es, die Bestrebungen in den richtungsweisenden Debatten im Rahmen der UN-Entwicklungsagenda, der Weltklimakonferenz und der UN-Konferenz zur Finanzierung der Entwicklungspolitik weiter voranzutreiben. ++

++ Der Weinbau hat für Rheinland-Pfalz eine zentrale Bedeutung – wirtschaftlich, aber auch unter Gesichtspunkten der Kultur, Tourismusentwicklung und Landschaftspflege. Unter dem Titel »wein.recht.steil« ging es beim diesjährigen Weinbaupolitischen Seminar am 15. Januar in Trier um die Mosel-Region, die mit über 5.300 ha die größte Rieslinganbaufläche weltweit ist und auf eine zweitausendjährige Weinkultur zurückblicken kann. (Foto: FES) ++



Kurt Beck und die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer, die Deutsche Weinkönigin Janina Huhn und der weinbaupolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Wolfgang Schwarz



++ Am 3. Februar fand eine von der FES und dem tschechischen Gewerkschaftsdachverband ČMKOS veranstaltete Konferenz zum Thema »Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Privatleben« statt. Mit ihrem Vortrag zur Pflege älterer Familienangehöriger als Herausforderung für das Berufs- und Privatleben rückte die tschechische Soziologin Radka Dudová ein in Tschechien bislang vernachlässigtes Thema in den Fokus. (Foto: FES) ++



++ Am 27. Februar wurde der fünfte Jahrgang der Akademie der Sozialen Demokratie in Prag mit einer Festveranstaltung eröffnet, an der unter anderem der tschechische Außenminister Lubomír Zaorálek teilnahm. Die Akademie ist ein Bildungsprogramm für Politiker_innen und Gewerkschafter_innen aus Tschechien und der Slowakei. Auf die 22 Teilnehmer_innen warten bis zum Herbst fünf Schulungswochenenden, die sich Themen der Kommunalpolitik, der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik bis hin zur Europapolitik widmen. (Foto: FES) ++

»Wie wollen wir leben?! Auf der Suche nach alternativen Entwicklungsmodellen«

++ Ein lateinamerikanisch-deutscher Dialog versuchte sich dem Ziel einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Arbeits- und Lebenswelt zu nähern. In der öffentlichen Debatte, aber auch im Dialog mit deutschen Gewerkschaften, den Jusos, Umweltorganisationen und Akademiker_innen in Berlin und Hamburg, bewiesen fünf engagierte Nachwuchsgewerkschafter_innen aus der Dominikanischen Republik, Panamá und El Salvador, Kolumbien und Argentinien anhand eigener Erfahrungen, dass »Gute Arbeit«, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit keine konkurrierenden, sondern einander ergänzende Konzepte sind. ++

++ Mit der Konferenz »Banken und Finanzmärkte: sicher und langfristig?« boten die Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit Finance Watch, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, WEED und dem Verbraucherzentrale Bundesverband die Gelegenheit, zu diskutieren, was getan werden muss, damit die Finanzmarktstabilität gesichert ist, zugleich aber auch Investitionen für mehr Wachstum und Beschäftigung angeregt werden können. ++

➔ www.fes.de/wiso



90 Jahre Friedrich-Ebert-Stiftung

++ Festveranstaltung anlässlich des neunzigsten Jahrestages der Gründung der Friedrich-Ebert-Stiftung: Neben Bundespräsident Joachim Gauck waren u.a. Bundestagspräsident Norbert Lammert sowie Außenminister Frank-Walter Steinmeier zu Gast. Der Bundespräsident hob im Berliner Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung, der ältesten und traditionsreichsten politischen Stiftung, deren Einsatz für Menschen-, Bürger- und Freiheitsrechte hervor.

Die besondere Bedeutung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Transformationsprozess der mittel- und osteuropäi-

schen Länder, stellte der frühere Staatspräsident Polens, Aleksander Kwaśniewski, in seiner Ansprache heraus.

Im Rahmen der Veranstaltungen stellten sich Frank-Walter Steinmeier, der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann, der stellvertretende SPD-Vorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel und die rheinland-pfälzische Finanzministerin Doris Ahnen den kritischen Fragen von Stipendiatinnen und Stipendiaten der FES und nahmen Stellung zu deren Anregungen. (Foto: Liebe) **++**



++ Verbraucherinnen und Verbraucher müssen bei Online-Aktivitäten durch besondere Rechte geschützt werden. So die Botschaft von Justizminister Heiko Maas im Rahmen eines Podiumsgesprächs am 12. Februar in Leipzig. Angesichts der rasanten Entwicklungen und grenzenlos scheinenden Möglichkeiten des Internets müssten aber auch die Sicherheit der informationstechnischen Systeme, die IT-Sicherheit bei Unternehmen und der Schutz der Bürgerinnen und Bürger Schritt halten. Aufgabe der Politik sei es, für bessere Transparenz zu sorgen und bereits bestehende Regelungen durchzusetzen. (Foto: Waldek) **++**

++ Aus Anlass des 90-jährigen Bestehens der FES warfen sechs ehemalige Stipendiat_innen einen Blick auf die Bedeutung der Stiftung heute. So bekräftigte unter anderem die NRW-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze die Bedeutung der Arbeit der FES für Bildungsaufstieg und Demokratie in Deutschland und international. **++**

➔ Ausstellung zum Thema unter: www.fes.de/stufogeschichte

++ Was die öffentliche Aufmerksamkeit für die TTIP-Verhandlungen die öffentliche Debatte bisher ausblendete, sind die möglichen Auswirkungen auf die schwächsten Glieder im globalen Handel, die Entwicklungsländer. In Fachgesprächen in Berlin und Brüssel zeigten Eveline Herfkens, Entwicklungsministerin der Niederlande a. D., und der ehemalige Präsident Tansanias, Benjamin W. Mkapa, Wege auf, wie über eine Harmonisierung und Neugestaltung von Handelspräferenzsysteme positive Entwicklungseffekte erreicht werden könnten. **++**

++ Im Januar 1985 eröffnete die FES ihr Büro in Bolivien und begleitet seitdem den kurvenreichen Demokratieprozess des Landes. Das Zusammenspiel zwischen Demokratie, der Linken und der FES in Bolivien wird in einem Buch dokumentiert, und es wird deutlich, wie die FES immer mit dem Land und seinen Partnern arbeitete und sich an Veränderungen anpasste, neue Paradigmen aufnahm und andere Ideen verwarf.

Das Buch »Democracia e izquierda – encuentro de dos tradiciones: 30+7 años de historia de la Friedrich-Ebert-Stiftung en Bolivia« vom bolivianischen Journalisten Fernando Molina stand im Mittelpunkt eines Festaktes mit mehr als 200 Vertreter_innen aus Politik, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft sowie Freund_innen und Projektpartner_innen aus 30 Jahren der Zusammenarbeit. ++



++ Mit einer Festveranstaltung beging das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Namibia am 17. Februar sein 25-jähriges Bestehen. Im Buch »Working for Social Democracy in Namibia« bewerten neun bekannte namibische Autoren die Entwicklung der wichtigsten Arbeitsfelder der FES, die seit der Unabhängigkeit des Landes auf fast 2.000 Aktivitäten zurückblicken kann. (Foto: FES) ++

➔ www.fesnam.org.na



Übergabe der Ehrung durch die Abgeordnete Linda Machuca an die Landesvertreterin Anja Minnaert, gemeinsam mit Botschafter Alexander Olbrich (v.r.n.l.).

++ Vor dem Hintergrund ihres 40-jährigen Bestehens in Ecuador wurde der FES-Vertretung eine besondere Ehre zuteil: Die Nationalversammlung würdigte das Engagement der FES der letzten vier Jahrzehnte in dem Andenstaat. In der Anerkennungs-urkunde werden die Verdienste als Brückenbauer zwischen Lateinamerika und Europa hervorgehoben. Mit ihren Dialogplattformen habe sich die Stiftung für eine gerechtere, solidarische Gesellschaft eingesetzt. (Foto: FES) ++

➔ www.40-fes-ildis.ec



Eine besondere Ehrung für die FES

++ Die Landesvertreterin in Argentinien Dörte Wollrad erhielt von der argentinischen Botschaft den Orden de Mayo. Der nach der Mai-Revolution benannte Orden ist eine der höchsten Auszeichnungen Argentiniens und mit dem Bundesverdienstkreuz vergleichbar. Er wird ausländischen Personen verliehen, die für die argentinische Gesellschaft in besonders hohem Maße zu Fortschritt und Wohlstand sowie der internationalen Solidarität beitragen. Dörte Wollrad verwies in ihren Dankesworten auf die bereits seit 30 Jahren währende enge, vertrauensvolle Partnerschaft, welche die FES mit Argentinien verbindet. (Foto: FES) ++

Lesempfehlungen

PERSPEKTIVE



Weltweites Umdenken in der Drogenpolitik: höchste Zeit für Reformen in Deutschland

Heino Stöver und Maximilian Plenert



EU-Erweiterung und Sicherheit: ein Blick zurück in die Zukunft

Dietmar Dirmoser

STUDIE



Von der Energiewende lernen

Erwartungen der Entwicklungsländer an Deutschland

Thomas Hirsch

FORUM POLITIK UND GESELLSCHAFT



Pegida & Co – Aufstieg und Fall eines populistischen Unternehmens

Dieter Rucht – Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat



Mehr Geschlechtergerechtigkeit durch Landesgesetze: 10 Bausteine einer erfolgreichen Gleichstellungspolitik; eine Handreichung

Barbara Stiegler; Heike Schmalhofer; Almut von Woedtke

FORUM BERLIN



Djihadistische Radikalisierung und staatliche Gegenstrategien

Ehrhart Körting

WISO DIREKT



Sozialkapital zwischen Stabilität und Wandel: zum Einfluss von Wirtschaftskrisen und Konjunkturpolitik auf politisches und soziales Vertrauen

Felix Hörisch und Peter Obert



Europäische Krise, Krisenpolitik und Solidarität

Carina Altreiter und Jörg Flecker

WISO DISKURS



Soziale Sicherung unter dem Brennglas:

Altersarmut und Alterssicherung bei Beschäftigten im deutschen Sozialsektor

Florian Blank; Susanne Eva Schulz



Hier finden Sie sämtliche aktuelle Publikationen der FES

STUDIENFÖRDERUNG



Inklusion in der beruflichen Ausbildung Schriftenreihe des Netzwerk Bildung

Hrsg.: Ute Erdsiek-Rave

Genug vom Konsens?

Die Debattenplattform für europäische und internationale Politik:



www.ipg-journal.de
progressiv, pointiert, streitbar

IPG 
Internationale Politik
und Gesellschaft